

Die geschichtliche Entwicklung  
des  
Realschulwesens in Deutschland.

Abchnitt VI.

Bestrebungen auf dem Gebiet der Schulreform  
===== in den Jahren 1882—1890. =====

(Fortsetzung des Programms 1910.)

Von Direktor Rat Dr. O. Wetzstein.

Beilage zum Programm der Großherzoglichen Realschule in Neustrelitz.

Ostern 1911.



Progr.-Nr. 958.

Neustrelitz 1911.  
Hofbuchdruckerei Hermann Vohlf, Neustrelitz.



## Weitere Bestrebungen auf dem Gebiete der Schulreform.

3. Periode: 1882—1890.

### 1. Unzufriedenheit mit der neuen Schulorganisation.

Durch die Lehrpläne vom 31. März 1882, welche hauptsächlich auf Bonitz' Urhebererschaft zurückzuführen sind, wurde das gesamte höhere Schulwesen in Preußen zum erstenmal einheitlich geregelt. Es sollte damit nicht wesentlich Neues geschaffen werden; auch handelte es sich weder um eine grundsätzliche Umgestaltung der bisherigen Ordnung, noch um eine größere Vereinfachung der vorhandenen Mannigfaltigkeit, sondern man beschränkte sich darauf, unter Feststellung der Namen für jede Schulgattung bestimmte Normen aufzustellen, für ihre Abschlußprüfungen die Lehrziele genau zu bezeichnen und dabei zugleich die verschiedenen Grundformen der bestehenden Schulen, wie sie sich mit der Zeit herausgebildet hatten, nicht nur den Zeitforderungen möglichst anzupassen, sondern auch unter einander zu gegenseitiger Ergänzung in tunlichst enge und praktische Beziehung zu bringen. Neben den Gymnasien, welche nach wie vor durch lateinischen und griechischen Unterricht die altklassische Bildung hochzuhalten hatten, blieben daher auch die neueren Lehranstalten bei Bestand, die, nunmehr offiziell als „Realgymnasien“ bezeichnet, wenigstens das Latein noch beibehielten, die mittelalterliche Gelehrtensprache, welche, wie Paulsen (II, 570) sagt, gleichsam als „Nabelschnur“ noch den Zusammenhang zwischen der alten und der neuen Bildung vermitteln sollte. In den 3 unteren Klassen (VI—IV) unterschied sich der Lehrplan für beide so wenig, daß ein Übergang von der einen zur anderen Schule ohne Schwierigkeit vollzogen werden konnte, und in Preußen, wo es an 150 Orten nur gymnasiale, an 81 anderen nur lateintreibende Realanstalten gab, war diese Einrichtung für Eltern, welche bei der Wahl der Vorbildung die Entscheidung um 3 Jahre hinauschieben konnten, eine nicht geringe Besserung der Schulverhältnisse. Neben diesen Lateinschulen wurden sodann, da die Begeisterung für das Altertum und die Wertschätzung der Humanitätsbildung in der öffentlichen Meinung nur einmal abgenommen hatte und „die Erziehung zum Staatsbürger, sowie die Anforderungen der nächsten Wirklichkeit viele Kreise weit mehr beschäftigten, als ideale Bestrebungen“, auch solche Lehranstalten als jenen ebenbürtig anerkannt, welche für den Klassicismus überhaupt keine Zeit mehr übrig hatten, und es galt nun abzuwarten, welche Bedeutung sie für das höhere Gewerbsleben finden würden. Für alle 3 Arten der Vollanstalten war aber der Grundsatz durchgeführt, daß ein gewisser Abschluß schon nach 6 Jahren erzielt werden sollte und alle Schüler, welche mit ca. 15 Jahren aus der Unter-Sekunda die Schule verlassen wollten, eine in sich abgeschlossene Vorbildung fürs Leben mithinausnehmen konnten. Durch Konferenzbeschluß konnte dann mit der Versetzung nach Ober-Sekunda die Berechtigung

zum einjährig-freiwilligen Heeresdienst zuerkannt werden, während auf den 6-stufigen Schulen eine solche nur durch die Absolvierung einer Abschlußprüfung zu erlangen war. Dies alles war ein beachtenswerter Gewinn, und der Vorgang Preußens fand deshalb bald Nachahmung. Noch im Jahre 1882 wurden die Lehrpläne in Sachsen einer ähnlichen Revision unterzogen, und 1884 folgte Hessen nach.<sup>1)</sup>

Nichtsdestoweniger wurde durch die neue Lehrverfassung eine allgemeine Zufriedenheit keineswegs erreicht. Zunächst war den Vorkämpfern des Gymnasiums die stärkere Heranziehung der Realien ein Gegenstand des Ärgernisses, da die Gründlichkeit des altsprachlichen Betriebs, des eigentlichen Lebenselements der humanistischen Schulbildung, dadurch gefährdet wurde. Selbst der Württemberger Dillmann, der Leiter des Stuttgarter Realgymnasiums, erklärte in seiner Vorliebe für altklassischen Unterricht: „Weiter als in dem preussischen Versuch von 1882 kann der Unterricht in den klassischen Sprachen nicht mehr beschränkt und lebhafter kann auf mathematisch-naturwissenschaftliche Schulung nicht mehr gedrungen werden, ohne daß die hergebrachte Form des Gymnasiums selbst zerstört wird. Ja, manche sind der Ansicht, daß man berechtigt wäre, die preussischen Gymnasien von 1882 fast ebenso gut Realgymnasien als Gymnasien zu nennen.“<sup>2)</sup> Auch v. Treitschke verurteilte die widersinnige Sucht, in die modernisierte Bildungsanstalt immer neue Lehrfächer einzuführen, ohne in den alten irgendwo nachzulassen; er tadelte das falsche Bestreben meist aus Spezialisten zusammengesetzter Lehrerkollegien, den Kopf eines Abiturienten wie ein Taschen-Konversationslexikon zu betrachten, in dem ein Auszug von allem Wissenswerten aufgespeichert sein müsse<sup>3)</sup>, und hoffte, daß endlich einmal ein „Halt auf der abschüssigen Bahn“ ausgerufen werde. Aber trotz verkürzter Unterrichtszeit und trotz prinzipieller Preisgebung des Hauptlehrziels, des Lateinschreibens, blieben die Anforderungen in den alten Sprachen dieselben. Wie Paulsen (II, 581) auseinandersetzt, war im Prinzip das Lateinschreiben aufgegeben, in der Praxis aber wurde es festgehalten. Ein lateinischer Aufsatz und ein Exercitium wurden in der Prüfungsordnung nach wie vor verlangt; sollten die Forderungen nicht einfach auf dem Papier bleiben, so wurden gesteigerte Leistungen auf dem eingeschränkten Arbeitsfeld nötig, und es lag nahe, daß von Examinatoren und Schülern jene Aufgaben noch immer als die Hauptstücke der Prüfung angesehen wurden. Traten aber die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer daneben noch mit gesteigerten Ansprüchen auf, dann war „das Maß dessen vollständig erschöpft, was ein Durchschnittsschüler ohne Überbürdung und ohne Schädigung seines körperlichen und geistigen Wohlbefindens zu leisten vermochte.“ Was Wiese mit seinen Konzentrationsbestrebungen zu beseitigen gesucht hatte, das wurde durch Bonitz wieder heraufbeschworen; das Lehrpensum wurde beträchtlich vergrößert, und das Übel der Überbürdung, dessen Beseitigung Jahrzehnte lang erstrebt war, lag wieder in drohender Weise vor. Mochten auch bei den Überbürdungsklagen manche Übertreibungen nicht ausgeschlossen sein, so verdiente die Sache doch ernsthafte Erwägung. Von vielen Ärzten wurde die gesundheitliche Schädigung der Jugend durch die Schule lauter denn je betont; das Umsichgreifen der Kurzsichtigkeit, die Abnahme militärischer Diensttüchtigkeit, die Zunahme von Geisteskrankheiten und Selbstmord-

<sup>1)</sup> Das Gute, welches die neue Lehrordnung aufzuweisen hatte, wurde auch im Pädagog. Archiv (1883) bereitwilligst von W. Krumme anerkannt. Vgl. seinen Aufsatz daselbst: „Betrachtungen über die Lehrpläne der höheren Schulen nebst der darauf bezüglichen Zirkular-Befugung vom 31. März 1882“.

<sup>2)</sup> Vgl. den Artikel „Realgymnasium“ in Schmid's Encyclop. (Ausf. 2).

<sup>3)</sup> Vgl. seinen Aufsatz in den Preuß. Jahrbüchern 1882, Bd. 51 S. 158 ff.

fällen, alles dies und anderes wurde als Folge verkehrter Jugenderziehung auf Rechnung des überspannten Schulbetriebs gesetzt, und zum Erschrecken der Zuhörer wies Prof. Preyer aus Jena auf der Versammlung der Naturforscher in Wiesbaden (1887) nach, daß nicht die Hälfte der zum einjährig-freiwilligen Heeresdienst Berechtigten sich dazu tauglich erweise und mehr als ein Viertel von den Tauglichen noch kurzfristig sei. Schon 1882 und 1883 sahen deutsche Regierungen, wie in Elsaß-Lothringen, in Hessen, in Baden und zuletzt auch in Preußen sich veranlaßt, amtliche Gutachten von ärztlicher Seite einzufordern und Maßregeln zur Einschränkung der häuslichen Schularbeiten zu treffen.<sup>1)</sup> Zugleich bildete sich ein neuer Verein für Körperpflege, welcher, hauptsächlich durch einen Aufsatz des Dr. Haffe in Braunschweig angeregt, die leidige Überbürdungsfrage wieder auf die Tagesordnung setzte und seine Angriffe vornehmlich gegen das Gymnasium richtete, welches, um sein Berechtigungsmonopol zu behaupten, seinen Lehrplan auf Kosten der Gesundheit seiner Schüler in unerträglicher Weise überladen habe.<sup>2)</sup>

Einer gleichen Gefahr der Überbürdung war aber auch das Realgymnasium ausgesetzt. Hier war das Lehrziel im Lateinischen erheblich gesteigert und doch in den anderen Punkten keine entsprechende Ermäßigung der Anforderungen eingetreten. Wozu nun diese Steigerung? Wohl hatten viele Realschulmänner selber sie gewünscht, um den Vorurteilen der gelehrten Kreise nachzugeben und das Ansehen der lateintreibenden Lehranstalt zu heben, doch war im Grunde genommen die ganze Umänderung der Lehrverfassung nichts als „ein Kompromiß mit allen möglichen Anforderungen und Rücksichten“, die mit dem Grundprinzip sich nicht vertrugen, und einer äußerlichen Ausgleichung zuliebe war der Anstalt auf fremdem Gebiet nur mehr Arbeit aufgebürdet. Indessen hätte man den erhöhten Anstrengungen sich wohl freudig unterzogen, wenn damit irgend ein Vorteil verbunden und das, was längst erwartet und ersehnt wurde, gewährt worden wäre: eine Erweiterung der Berechtigungen und eine Gleichstellung mit der älteren Schwesteranstalt. Mit dem Namen Realgymnasium, der endlich errungen war, verband sich die Hoffnung, daß damit seine Tauglichkeit als Vorbildungsanstalt auch für Universitätsstudien allgemein und schlechthin anerkannt werden würde, aber gerade in diesem Kernpunkt der gesamten Schulreform trat keine Änderung ein. Trotz aller Annäherung an das Gymnasium und trotz vermehrter Arbeitsleistungen war von Vermehrung der Berechtigungen keine Rede; worüber schon seit Dezennien so unendlich viel verhandelt und gestritten war, der „Stein des Anstoßes für alle Reformfreunde“ wurde gänzlich außer Acht gelassen; die wichtigste Schulfrage blieb ungelöst.

Nicht zu verwundern war es daher, daß eine tiefe Enttäuschung sich der Realschulfreunde bemächtigte und der lang genährte Groll wieder sich Luft machte. Auf diese Weise konnte es nicht zum Frieden kommen, und namentlich zog der immer mehr erstarkte Realschulmänner-Verein einmütig und mit vereinten Kräften in die Schranken. Der Ansturm richtete sich, wie von jeher, hauptsächlich gegen die bevorzugte Stellung des Gymnasiums, welches, als die alleinige Vorbildungsanstalt für höhere Studien von Alters her mit weitreichenden Vorrechten ausgestattet, nicht bloß alle Berechtigungen der neu entstandenen Schul-

<sup>1)</sup> Vgl. das Gutachten der preuß. wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen und das Rundschreiben des Ministers vom 10. Nov. 1884 im Centralblatt der Unterr.-Verw. 1884, sowie Biese-Kühler I, 289 u. 303.

<sup>2)</sup> In diese Zeit fällt auch ein Brief des Prinzen Wilhelm an den Vorsitzenden des Vereins, in dem er lebhaft für Bestrebungen solcher Art Partei ergrieff.

formen, sondern eine ganz erhebliche Anzahl ausschließlich für sich besaß, während dem Realgymnasium 1870 nur einige wenige in der Universitätslaufbahn eingeräumt waren und diese auch nur in eingeschränktem Maße. Jene Vorrechte gründeten sich auf der „Anschauung von der unbedingt vorbildlichen Bedeutung und dem schlechthin unersehblichen Wert der Antike“, einem philologischen Glaubenssatz, der sich in weiten Kreisen festgesetzt hatte. Und doch war die „kritische Grundrichtung der Zeit, welche allem Dogmatismus abhold war, auch mit dem Dogma vom klassischen Altertum nicht nur streng ins Gericht gegangen, sondern die großen Ereignisse, welche das deutsche Volk zu erleben gewürdigt war, hatten den Blick mehr und mehr auf die vielversprechende Gegenwart gelenkt, und diese mit ihrem rastlosen Vorwärtstreben, mit ihren großen Errungenschaften in Naturwissenschaft und Technik, mit ihrem lebhaften Verkehr und regen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Völkern schien das ganze Leben des modernen Menschen so ganz auszufüllen, daß es vielen ein müßiges und darum fast gefährliches Spiel dachte, den Blick immer wieder in eine längst entschwundene Vergangenheit zurückzulenken“. <sup>1)</sup> Ein früheres Geschlecht mochte mit den hervorragenden, aber doch unvollkommenen Schöpfungen des Altertums eine Art Kultus getrieben und alle Menschen in ihrer Bildung als rückständig angesehen haben, die zum Altertum nicht von Jugend auf in ein inneres Verhältnis getreten waren; in der vielbewegten Neuzeit dagegen hatte die philologische Gelehrsamkeit an Bedeutung für das öffentliche Leben verloren, und man verlangte Toleranz und Anerkennung auch für Bestrebungen, deren Recht in den Bedürfnissen des praktisch gewordenen deutschen Volks beruht. Mit oft maßloser Feindseligkeit und gewissem Fanatismus bestritten viele Reformer den gymnasialen Bildungsanstalten, die sich überlebt hätten, aber noch immer in der öffentlichen Meinung sich des Rufes größerer Vornehmheit erfreuten und wegen ihrer Vorrechte auch Zulauf von solchen erhielten, die sonst gar keinen Wert auf antike Wissenschaft legten, das Vorrecht alleiniger Vorbereitung für alle höheren Berufsarten. „Nieder mit dem Monopol des Gymnasiums!“, das wurde das Losungswort für die Realschulmänner, und da die Gegner im vollen Bewußtsein ihres Wertes in solchen Angriffen einen Einbruch in ihre ererbten Privilegien erblickten, so steigerte sich seit der Veröffentlichung der neuen Lehrpläne in den 80er Jahren der Schulkampf zu einer Erbitterung, welche im Interesse der guten Sache oft selbst die Herabwürdigung der Rivalen nicht weniger, als der von ihnen vertretenen Schulart für erlaubt, ja für geboten hielt, und

<sup>1)</sup> Die angeführten Worte sind der Vorrede eines neuerdings erschienenen Werks: „Die hellenische Kultur“, dargestellt von Friß Baumgarten in Freiburg i. Br., Franz Poland und Mich. Wagner in Dresden (Opz, Teubner) entnommen. Die Verfasser glauben jenes Zugeständnis voranschicken zu müssen, um dann zur Empfehlung des Werks hinzuzufügen: „Allein alle kritische Forschung auf der einen und alles Streben, sich von den lästigen Fesseln der Antike zu lösen, auf der anderen Seite ändern nichts an der Tatsache, daß die Völker des Altertums eine in ihrer stetigen Entwicklung und in ihrer schließlich erreichten Höhe einzig dastehende Kultur besaßen haben, und daß diese, von den Hellenen geschaffen und von den Römern über alle Teile ihres Weltreichs verbreitet, nach wie vor eine Hauptgrundlage unserer heutigen Kultur bildet. Wer daher diese in ihrem tieferen Wesen verstehen will, wird immer bei den Griechen und Römern in die Schule gehen müssen“. Allerdings! Nur scheinen auch die Verfasser das Gefühl zu haben, daß das allgemeine Interesse für das Altertum im Volksbewußtsein geschwunden ist und daß daher das nach Inhalt und bildlicher Ausstattung sehr empfehlenswerte Werk in der heutigen Zeit nur auf einen beschränkten Leserkreis rechnen könne. „Wenn dasselbe“, heißt es in dem Schlusssatz, „sich in Schule und Haus brauchbar erweist, wenn es gelingt, den Freunden des klassischen Altertums Genüge zu tun und ihm neue hinzuzufügen, so ist sein Zweck reichlich erfüllt“.

eine Agitation wurde heraufbeschworen, welche nach kaum 10 Jahren bereits die Regierung zu neuen Maßnahmen trieb.

Viel Einseitiges und Übertriebenes ist beiderseits in diesem Kampf zwischen den Verehrern des antiken und des modernen Bildungsprinzips zu Tage gefördert und im leidenschaftlichen Streben gar manches gesprochen und geschrieben, was nicht von einer unbefangenen Erwägung der vertretenen Ansicht zeugt. Hatten Humanisten vom hohen Rothurn herab die Schlagwörter „Banausentum“ und „Animalität“ als Gegensatz zur vermeintlichen gymnastischen Idealität erfunden, so wurde „solchen Liebeshwürdigkeiten jetzt mit gleicher Münze reichlich zurückgezahlt.“ Für Philologen war es eine ausgemachte Sache, daß das Realgymnasium mit seiner Verquickung des realistischen und humanistischen Bildungsprinzips zur Halbheit führe, da keines von beiden daselbst in voller Reinheit zur Geltung komme. Und doch hatte auch das Gymnasium unter dem Druck der Zeitforderungen bereits nicht bloß die Lehrstunden für Latein und Griechisch stark vermindern, auf stilistische Fertigkeit in dem früheren Umfang verzichten und den grammatischen Lehrstoff zugunsten einer ausgedehnten Lektüre wesentlich beschränken, sondern sich auch dazu verstehen müssen, den Unterricht im Deutschen ebenfalls in den Vordergrund zu stellen, ja sogar Englisch, sowie Zeichnen in den Lehrplan aufzunehmen. Es mußte sich daher gefallen lassen, auf seinen eigenen Abweg zur Halbheit hingewiesen und der Nachgiebigkeit gegen den realistischen Zeitgeist beschuldigt zu werden. Hätte man vom Standpunkt des Gymnasiums aus in dem mißachteten Stiefbruder nicht einen Feind, sondern einen Verbündeten erkannt, der ihm einen Teil der Arbeit, welchen eine rein humanistische Lehranstalt doch nicht mehr zu leisten imstande war, abnehmen konnte, so hätte es bei friedlicher Teilung der Bildungsaufgaben mit voller Hingebung und ungehinderter Gründlichkeit sich seiner eigentlichen Aufgabe widmen und auf der Grundlage alt-klassischer Sprachen eine Bildungsstätte bleiben können für alle, die den humanistischen Idealismus zu schätzen wußten. Aber der Bruch mit dem Altherkömmlichen war für den Philologenberuf zugleich eine Gefahr für sein Ansehen und seine Vorherrschaft, und man sträubte sich, dem Rivalen Zugeständnisse zu machen, zu denen man sich später doch bequemen mußte. Seit 1870 war dem gegnerischen Verlangen nach Gleichberechtigung kein Einhalt mehr zu gebieten, und die Forderung einer gründlichen Schulreform wurde immer aufs neue mit wachsendem Eifer zur Diskussion gebracht. Niemals ist wohl über pädagogische Probleme in Wort und Schrift mehr gestritten worden, als in den 80er Jahren. Als der Kultusminister von Goßler im preussischen Abgeordnetenhaus am 6. März 1889 über die Streitfrage sich zu äußern hatte, konnte er auf nicht weniger als 344 Schriften hinweisen, welche die verschiedensten und divergierendsten Anschauungen und Vorschläge zu vertreten suchten.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Aus der reichen Literatur dieses Dezenniums sei hier nur hingewiesen auf Wiese, „Pädagog. Ideale und Proteste“ (Berlin 1884) sowie auf seine „Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen“ (Berlin 1886); Steinbart, „Nsf. Abiturienten“ (Berlin 1878 und Duisburg 1881); Seeger, „Mitteilungen über den Stand der Realschulfrage“ (Güstrow 1880); Schwalbe, „Die Realschulfrage“ (Berlin 1881); Schmeding, „Die Frage der formalen Bildung“ (Duisburg 1882), „Klass. Bildung der Gegenw.“ (Berlin 1885), sowie „Die Bedenken des Minist. v. Goßler gegen die Aufhebung des Gymnasial-Monopols“ (Braunschweig 1890); Reissacker, „Gymnas. und Realschule“ (Berlin 1882); Dillmann, „Das Realgymnasium“ (2. Aufl., Stuttgart 1884); Schönborn, „Das höhere Unterrichtswesen in der Gegenw.“, (Deutsche Zeit- u. Streitfragen, Berlin 1885); Jäger, „Das humanist. Gymnas. und die Petition um durchgreifende Schulreform“ (Weissbaden 1889) u. v. a.

In dem Bestreben, für jede Schulart eine gerechtere Würdigung ihrer Leistungen und eine angemessenere Verteilung der Berechtigungen herbeizuführen, wurde zunächst dem Gymnasium die Fähigkeit bestritten, für das technische Hochschulwesen eine genügende Vorbildung zu gewähren. Gerade weil in früheren Zeiten für die schaffenden und staaterhaltenden Stände des Handels, des Gewerbes und der Industrie zu wenig gesorgt worden sei, wäre aus den Bedürfnissen praktischer Wirksamkeit die Anregung zur Errichtung von Realschulen gekommen, und jetzt, nachdem die technischen Schulen sich zu Parallelanstalten der Universitäten aufgeschwungen hätten, sei erst recht eine Steigerung der Anforderungen auf mathematisch-naturwissenschaftlichem Gebiet, sowie in technischer Kunstfertigkeit nötig geworden. Eine Schule, die alle Kraft der Schüler für die Erlernung alter Sprachen in Anspruch nehme und für anderweitige Neigung und Begabung zu wenig Raum lasse, könne unmöglich das bieten, was für polytechnische Studien Voraussetzung sei. Demgegenüber erscheine selbst die lateinlose Oberrealschule, welche, vom höheren Handels- und Gewerbestand so nachdrücklich gefordert, den Bedürfnissen des gewerblichen Lebens auf jede Weise entgegenkomme, als eine geeignetere Vorbildungsanstalt; wenn aber das Vorurteil der gelehrten Stände auch von den Staatsbeamten noch klassische Bildung erwarte und wenn diese glaubten, ohne eine solche ihre Standesehre nicht aufrecht erhalten zu können, dann dürfe das Realgymnasium, welches beiden Anforderungen zu genügen suche, mit Recht den Anspruch erheben, für alle höheren technischen Berufsarten die entsprechende Vorbereitung zu bieten. Und doch wurde das Reifezeugnis eines Gymnasiums für völlig ausreichend erachtet, den Abiturienten trotz aller Mängel ihrer Vorbildung bedingungslos und ohne irgend eine Ergänzungsprüfung die Pforte zur technischen Hochschule zu öffnen, ja selbst an maßgebender Stelle wurde dem Gymnasialabiturienten meistens der Vorzug gegeben. Das Unterrichtswesen hatte sich, wie Paulsen sagt (II, 570), „in Zünftlerei verrannt“; man fragte viel mehr danach, welche Schule der Mensch besucht habe, als was für Geschick und Kenntnisse er für seine Laufbahn mitbringe.<sup>1)</sup>

Um so mehr wurde auf der anderen Seite die Zumutung als eine kränkende Mißachtung empfunden, daß Abiturienten vollgültiger Realschulen, welche Universitätsstudien sich widmen wollten, erst vorher noch auf einem Gymnasium sich einer Ergänzungsprüfung unterwerfen sollten. Seit 1870 war derselben zwar die Zulassung zur philosophischen Fakultät zugestanden und damit das Lehrfach ihnen eröffnet, aber warum auch in diesem Fall noch die Einschränkung, daß die Anstellungsfähigkeit der so vorgebildeten Kandidaten sich nur auf Realschulen zu erstrecken habe? Man machte dafür geltend, daß jeder Lehrer einer gymnasialen Lehranstalt außer fachwissenschaftlichen Kenntnissen vor allem einer allgemeinen und tieferen geschichtlichen Bildung bedürfe, als wie sie auf den Realgymnasien geboten werden könne. Auch für den Lehrer der Mathematik und der Naturwissenschaften, sowie für den der neueren Sprachen, behauptete man, sei es wünschenswert, daß ihnen auf Gymnasien nicht der Mangel einer gleichartigen Vorbildung anhafte; es würde ihnen sonst schwer fallen, unter den Kollegen sowohl, wie bei den Schülern der oberen Klassen ihre Autorität zu behaupten. Insbesondere

<sup>1)</sup> In einigen deutschen Staaten, wie in Bayern, Sachsen, Hessen, auch in der Schweiz hatten die technischen Hochschulen sogar das Recht erlangt, Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften für höhere Schulen vorzubilden und waren zu diesem Zweck mit seminaristischen Instituten ausgestattet. In Preußen, wo man dem technischen Schulwesen gegenüber lange genug sich zurückhielt, war für solche Konkurrenzanstalten der philosophischen Universitätsfakultät kein Bedürfnis. Vgl. Egon Zöllner, „Die Universitäten und die technischen Hochschulen“, S. 178 ff. (Berlin 1891).



müsse man von dem Neuphilologen erwarten, daß er die geschichtliche Entwicklung der modernen Sprachen und ihrer Literatur beherrsche, und dieses Studium weise notwendigerweise auf die Quellen des Altertums zurück. Indessen erwiesen derartige Gründe sich durchaus nicht allgemein als durchschlagend. Der oft gehörte und gern nachgesprochene Glaubenssatz, daß ehemalige Gymnasiasten kraft ihrer logischen Schulung die Realschüler auch in solchen Fächern bald ein- und überholten, in denen sie anfangs ihnen nachgestanden hätten, wurde von Steinbart durch statistische Ermittlungen widerlegt, die sich auf die Ergebnisse der Staatsprüfungen stützten. Auch konnte aus der Erfahrung weder nachgewiesen werden, daß Realabiturienten auf der Universität ihren Studien sich nicht gewachsen zeigten, noch daß ihre spätere Amtsstellung in ihrer Umgebung ernstlich gefährdet sei; vielmehr wurde die Behauptung verfochten, daß gerade Lehrer, die nicht durch die alte Philologenschule hindurchgegangen seien, zur Verbesserung der Methode im neu sprachlichen Unterricht bereits einen heilsamen Einfluß ausgeübt hätten.

Wurde aber den Realschul-Abiturienten die Fähigkeit zuerkannt, in der philosophischen Fakultät Universitätsstudien mit Erfolg zu betreiben, so erschien es als ein Unrecht, ihnen die Matrikel für die oberen Fakultäten zu versagen. Das Realgymnasium hatte als Ergänzungsschule des Gymnasiums öffentliche Anerkennung erhalten; beiden Anstalten war die Richtung auf allgemeine Geistesbildung gemeinsam, und durch ihre Unterrichtsgegenstände waren beide befähigt, wissenschaftlichen Sinn zu wecken und zu fördern. Wohl mochte das Gymnasium als geeignetste Bildungsanstalt gelten für Philologen und Theologen, welche Lateinisch und Griechisch für ihre Studien nicht entbehren können, aber warum sollten Schüler, deren Begabung und Neigung von Anfang an mehr auf mathematisches Denken und naturwissenschaftliche Beobachtungen, als auf antike Sprache und Literatur gerichtet war, bloß weil sie einer Realschule den Vorzug gegeben hatten, durch die Universitätsperre gehindert werden ihre Studien auf der Hochschule fortzusetzen und in ihrer späteren Laufbahn sich wesentlichen Schranken und Schwierigkeiten ausgesetzt sehen? Sahen sich überdies durch die Bevorzugung der Gymnasien nicht auch die städtischen Verwaltungen in ihrer Freiheit beschränkt, Schulen nach ihren Bedürfnissen zu gestalten, und wurden nicht an Orten, wo nur ein wenn auch noch so gutes Realgymnasium vorhanden war, die Eltern genötigt, schon früh ihre Söhne auf ein Gymnasium in die Fremde zu schicken, wenn sie ihnen den Weg zur medizinischen oder juristischen Laufbahn offen erhalten wollten? Die Ausschließung der Realschul-Abiturienten von den höheren Universitäts-Fakultäten wurde als ein ungerechtfertigter Eingriff in die persönliche Freiheit der Schüler, wie der Eltern verurteilt, der durch kein öffentliches Interesse begründet sei. Der Hauptunterschied zwischen beiden Schulformen lag doch wesentlich im Griechischen; erscheint denn für Mediziner und Juristen die Kenntnis dieser Sprache ganz unentbehrlich, und kann sie von dem nicht nachgeholt werden, der sie braucht oder Interesse für sie hat? Wie viele gibt es denn unter den Studenten, die nicht geneigt sind, sofort nach dem Abiturienten-Examen den ihnen aufgebürdeten Schulsack mit allen griechischen und lateinischen Klassikern von den Schultern zu werfen, und die auch später in ihrem Beruf mit Ironie und Geringschätzung an lästige Schulexercitien sich erinnern! Nicht der Unterrichtsstoff, auch nicht die Methode, sondern eine 9 jährige gründliche Geistesbildung bedinge die Reise zu erfolgreichen Universitätsstudien, das war eine Behauptung, welche ein hervorragender Schulmann wie W. Krumme immer aufs neue wiederholte und für die er in weiten Kreisen Beifall fand. Die Vertreter und Freunde der Realschulbildung bestritten, daß die gymnastiale

Schulung allein geeignet sei, den Grund zu wissenschaftlichen Studien zu legen, und erhoben, so sehr ihn auch von anderer Seite der Vorzug gegeben wurde, immer dringender die Forderung der Gleichstellung für das neue Gymnasium mit dem alten.

Als nächstes Ziel erstrebte man die Zulassung zum Studium der Medizin. Dasselbe beruht wesentlich auf naturwissenschaftlicher Grundlage; für die dahin einschlagenden Lehrfächer aber werden Schüler des Realgymnasiums unzweifelhaft angemessener vorbereitet, als dies auf dem Gymnasium möglich ist, und da es dort auch an humanistischen Elementen nicht fehlt, so schien gerade die medizinische Wissenschaft einer solchen Vorschule zu bedürfen. Waren doch aus der Mitte akademischer Lehrer Klagen genug laut geworden über die unzureichende Vorbildung, welche die Studenten aus dem Gymnasium mitbrächten. Schon 1877 wurde daher, als man Kenntnis davon erhielt, daß die Medizinalprüfungsordnung von 1869 einer Revision unterworfen werden sollte, auf Anraten einiger parlamentarischer Freunde seitens des Realschulmännervereins eine Petition an den Reichstag, sowie an den Bundesrat gerichtet und darin um Freigabe des medizinischen Studiums für Realschul-Abiturienten gebeten; auch suchte man einzelne Landtage der Bundesstaaten für die Sache zu gewinnen, und da vom Reich die neuen Bestimmungen zu treffen waren, hoffte man, daß die Frage in eine eingehende und allseitige Erwägung gezogen werden würde. Anfangs schien das Unternehmen nicht aussichtslos zu sein. Im Rgr. Sachsen stimmte im März 1878 die zweite Kammer für das Gesuch, und nachdem darauf im Mai die Petitionskommission des Reichstags beschlossen hatte, die Angelegenheit dem Bundesrat zu überweisen, entschied sich im Februar 1879 auch die Unterrichtskommission im preussischen Abgeordnetenhaus mit 12 gegen 2 Stimmen dafür, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen.<sup>1)</sup> Schon schienen auch Männer wie Falk und Bonitz der Sache freundlicher gegenüberzustehen; als dann aber an die Ärztevereine die Anfrage gestellt wurde, nicht etwa, ob sie die durch die Realschule l. O. gegebene Vorbildung für ausreichend zum Studium der Medizin erachteten, sondern „ob sie es den Interessen ihres Standes für entsprechend hielten, wenn die Abiturienten derselben zum medizinischen Studium, sowie zu den Staatsprüfungen zugelassen würden“, war bei der Voreingenommenheit, die gegen die Realschulen in den höheren Kreisen noch bestand, und bei der „grelle Unkenntnis“, die über ihre Leistungen noch vielfach herrschte, vorauszusehen, wie das Urteil ausfallen würde. Die Ärzte sträubten sich gegen die Zumutung, daß Standesgenossen aus den gering geschätzten Realschulen hervorgehen sollten, und da sie anderen gelehrten Ständen, besonders den Juristen gegenüber nicht Einbuße an Ansehen erfahren wollten, wurden ihre Motive sicherlich nicht so sehr durch pädagogische Erwägungen bestimmt, als durch die Besorgnis, in der öffentlichen Meinung könnten sie künftig als Studierende zweiter Klasse betrachtet werden.<sup>2)</sup> Dazu kam, daß der Reichstag sowohl, wie das

<sup>1)</sup> Den Antrag im Abgeordnetenhaus stellte der Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Dr. Hofmann; seinem Referat sind auch die im allgemeinen günstigen Berichte beigelegt, welche von einzelnen Professoren über ihren Unterricht und die Prüfung von Realabiturienten im Fache der Mathematik, der Naturwissenschaften und der neueren Sprachen eingefordert waren.

<sup>2)</sup> Vgl. dagegen Steinbarts Vortrag in Kassel v. 25. April 1901: „Aus den ersten 25 Jahren des Allg. d. N.-M.-B. (Pädag. Archiv 1901, S. 371 f.), sowie Schwalbe, „Ueber die Zulassung der Realabiturienten zum Studium der Medizin“ (Berlin 1878) und „Ueber die Vorbildung des Arztes“ (Stettin 1878); Gueter, „Sollen Real-Abit. zum Studium der Medizin zugelassen werden?“ (Greifswald 1879); Beneke, „Votum gegen die Zulassung der Abit. v. Realsch. l. O. zum Studium der Medizin“ (Marburg 1879).

Abgeordnetenhaus aufgelöst wurden, ehe die Beschlüsse der Kommissionen an das Plenum gelangten, und nach Falk's Rücktritt ließ der Minister v. Puttkamer die Sache auf sich beruhen. Unter v. Gözler wurden dann 1882 zwar die Realschulen I. O. zu „Realgymnasien“ gestempelt, als aber am 2. Juni 1883 die Publikation der neuen Medizinalprüfungsordnung erfolgte, sahen sich die Abiturienten derselben wiederum von dem medizinischen Studium ausgeschlossen. Die Berechtigung dazu wurde auch fernerhin allein dem Gymnasial- Reifezeugnis zuerkannt.

Es war dies ein „unerwarteter Mißerfolg“, und in der Erbitterung, welche er hervorrief, machte sich sogar der Vorwurf Luft, daß die Entscheidung der Behörde ebenso sehr eine Mißachtung des Lehrerstandes, wie der realistischen Bildung verrate. Der Mediziner und der Naturforscher finde auf dem Realgymnasium eine Vorbereitung, die ihm sachlich noch größere Vorteile biete, als dem künftigen Lehrer; aber, hieß es, in den Augen der Verwaltung erscheine die realistische Vorbildung für den gering geschätzten Lehrerstand noch möglich, für die oberen Fakultäten und Berufsstände gelte sie als unzulänglich. Jedenfalls beruhte die Entscheidung so wenig auf einer allseitigen Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse, daß die Streitfrage damit unmöglich aus der Welt geschafft sein konnte. Aus den Kreisen der Hochschule ließen sich auch weiterhin Stimmen von Medizinern und Naturforschern vernehmen, welche dem Realgymnasium günstig waren. Der Physiologe Prof. Fick in Würzburg und Rosenthal in Erlangen, von denen jener 1883 einen Vortrag über die Vorbildung zum medizinischen Studium hielt, dieser 1885 über die Vorbildung zum Universitätsstudium überhaupt redete, waren beide einig darin, daß größere Sicherheit in der Mathematik, mehr Übung in der Beobachtung und Auffassung von Naturerscheinungen, sowie größere Fertigkeit im perspektivischen Zeichnen für den jungen Mediziner von ungemeinem Werte sei, und eine solche Ausbildung müsse derselbe unbedingt schon mitbringen, da sie nachträglich später in ausreichendem Maße schwer sich erwerben lasse. Selbst frühere Freunde der Gymnasialbildung, wie Wislicenus und v. Helmholtz wurden dem Realgymnasium allmählich freundlicher gesinnt und erklärten keinen Grund zu haben, den Abiturienten derselben die Fähigkeit zum Studium der Medizin abzusprechen, ja, Koryphäen der Wissenschaft, wie Virchow, Billroth, v. EsMarch, Du Bois-Raymond unterließen es nicht, rückhaltlos die Unzulänglichkeit des Gymnasiums in allen mathematischen-naturwissenschaftlichen Disziplinen zu bemängeln.<sup>1)</sup> Daneben betonten Pädagogen, wie Mach, Dillmann, Schellbach zc. mit Nachdruck den Wert der Beschäftigung mit Mathematik und Naturwissenschaften, und insbesondere versocht der Direktor des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums zu Berlin, Dr. Schwalbe, der seine ganze Lebensarbeit dem naturwissenschaftlichen Unterricht, seiner Methodik und Hebung widmete, in zahlreichen Schriften seine Überzeugung, daß durch denselben eine gleiche Idealität der Gesinnung sowohl, wie logische Denkkraft und Tüchtigkeit sich erziehen lasse, wie durch

<sup>1)</sup> Noch auf der 69. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Braunschweig (1897) wies der Geh. Medizinalrat Dr. Orth aus Göttingen darauf hin, wie viel kostbare Zeit die angehenden Mediziner damit verlieren müßten, erst einmal eine genügende naturwissenschaftliche Grundlage zu erhalten, weil es ihnen meistens an den nötigen technischen Fertigkeiten fehle und sie nicht hinlänglich geübt seien, um Beobachtungen methodisch zu verarbeiten und richtige Schlüsse daraus zu ziehen. Da bei den Fortschritten der Wissenschaft auch eine entsprechende Erhöhung der Anforderungen an eine derartige Ausbildung zu stellen seien, so sei unvermeidlich die Folge davon, daß die Dauer der Studienzzeit über das sonst übliche Maß ungebührlich verlängert werden müsse.

den Betrieb der klassischen Sprachen. Unermüdlieh trat er deshalb in dem Kampf der realistischen Bildung mit der humanistischen für die Gleichberechtigung der Realgymnasien mit den Gymnasien zum Universitätsstudium ein.<sup>1)</sup>

Ein merklicher Umschlag zeigte sich auch bei L. Wiese in der Beurteilung dieser Frage. Früher war er ebenfalls der Meinung, daß wissenschaftlicher und idealer Sinn, sowie selbständiges Denken bei den Real-Abiturienten durchschnittlich weniger entwickelt würde, als bei Gymnasiasten, und da ein Ausfall an naturwissenschaftlichen Kenntnissen auf der Universität sich leichter ergänzen lasse, als der Mangel allgemeiner Bildung, so vertrat er im Abgeordnetenhanse 1869 die Ansicht, daß Ärzte schon wegen ihrer wichtigen sozialen Stellung klassische Bildung ebenso wenig entbehren dürften, wie Juristen, zumal da eine solche als ein heilsames Gegengewicht gegen den Realismus des medizinischen Studiums in die Waagschale zu fallen habe.<sup>2)</sup> Auch auf der Oktober-Konferenz 1873 stand er noch auf der Seite des Gymnasiums, und wenn damals über die Zulassung der Realschul-Abiturienten abgestimmt wäre, so würde die Forderung, da er die Mehrheit für sich hatte, sicherlich wohl abgelehnt worden sein. Später jedoch kam Wiese zu der Überzeugung, daß ideale Bildung nicht der spezifische Vorzug einer Schulart sei, und er neigte sich der Ansicht zu, daß die Realschule l. O. das so lange ihr bestrittene Recht der Vorbildung für die medizinische Fakultät und den ärztlichen Beruf gewiß erlangen werde; ja, er trug kein Bedenken, dies ausdrücklich zu billigen und trat für die Ansprüche der Realgymnasien offen ein. In seinen Lebenserinnerungen (I, 341) erklärte er 1886 nach allgemeinen Erwägungen, diese würden sich trotz des Widerstrebens „gegen unabweisbare Forderungen einer veränderten Zeit, gegen die praktische Zweckmäßigkeit und gegen die Konsequenzen, die im Wesen der Realschule und in den ihr bereits zugestandenen Rechten lägen, in nicht ferner Zukunft auch an entscheidender Stelle als wirksam erweisen“.<sup>3)</sup> Überdies traten seltsame Mißverhältnisse mit der Zeit offen zu Tage. An Universitäten gab es Dozenten der Naturwissenschaften, die, einst auf Realgymnasien vorgebildet, nun angehende Mediziner im Tentamen publicum zu prüfen hatten, und doch wäre ihnen die Laufbahn verschlossen gewesen, welche ihren Prüflingen offen stand. Mit Nachdruck wurde auf solche „unhaltbaren Zustände“ von den Realschulmännern hingewiesen, und dieselben ließen nicht nach in dem Bemühen, ihre Forderung zur Geltung zu bringen und die öffentliche Meinung für ihre Sache zu gewinnen. Da die Kenntnis des Griechischen für den Mediziner sehr wohl entbehrt werden könne und auf dem Realgymnasium das Latein so verstärkt worden sei, daß es auch in dieser Hinsicht höheren Anforderungen zu genügen vermöge, so versicherte man, werde der Realschul-Abiturient dem Gymnasialzögling gegenüber kaum in die Lage kommen, sich Blößen in der Schulbildung zu geben, vielmehr werde er manches mitbringen, was ihn

<sup>1)</sup> Vgl. Schwalbe, „Ueber die Zulassung des Real-Abit. z. Studium der Medizin“ (Berlin 1878) und „Die Realschulfrage“ (Berlin 1881); Wislicenus, „Die Abiturienten d. Realg. u. Realsch. l. O. als Studierende an den Universitäten“ (Würzburg 1881); Fick, „Ueber die Vorbereitung zum Studium der Medizin“ (Berlin 1883); Mach, „Der relative Bildungswert der philolog. und mathematischen Unterrichtsfächer“ (Lpz. 1886); Dillmann, „Die Mathematik, die Fackelträgerin einer neuen Zeit“ (1889) und sein Artikel „Realgymnasium“ in Schmid's Enzykl.

<sup>2)</sup> Vgl. Programm 1909 S. 53 und Wiese's höh. Schulwesen II, S. 31—39.

<sup>3)</sup> Vgl. einen Aufsatz Wiese's in der Allgem. konservativen Monatschrift 1881, sowie den Artikel „Realschule“ in Schmid's Enzyklopädie VI, 731. Bonitz dagegen bewahrte in diesem Punkte Schweigen; er sprach sich wenigstens nirgends darüber ausdrücklich aus.

vor jenem in Vorteil setze. Zum mindesten also könne das Realgymnasium nicht als eine ungeeignete Vorbildungsanstalt für das medizinische Studium angesehen werden.

Demgegenüber beriefen sich die philologischen Vertreter des Gymnasiums auf die Tatsache, daß die Aufgabe, eine allgemeine wissenschaftliche Grundlage zu legen, auf der alten Gelehrtenschule noch von jeher in befriedigender Weise für alle Fakultätsstudien gelöst worden sei. Gerade das sei ein wesentlicher Vorzug, daß das Gymnasium an den alten Sprachen ein Centrum besitze, welches die ganze geistige Tätigkeit und Aufmerksamkeit des Schülers namentlich in den oberen Klassen in Anspruch nehme und auf beschränktem Gebiet an ein intensives Arbeiten und selbständiges Denken gewöhne, während der Lehrplan des Realgymnasiums aus einer zusammenhangslosen Vielheit von Fächern bestehe und für vielseitiges Lernen nur receptive Gedächtnisübung erfordere. Schon von diesem Gesichtspunkt aus sei die Gymnasialbildung als die bessere zu schätzen, und wenn der künftige Mediziner, wie der Mathematiker und Naturwissenschaftler ein ausreichendes Wissensmaterial auf die Universität nicht mitbringe, so sei dies bei gutem Willen leicht zu ergänzen, und es könne daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß die sprachlich-logische Schulung eine unbrauchbare, unangemessene Vorbildung für dieselben sei.

Wie die Mehrzahl der Ärzte selbst, so hielten überdies auch die Universitätslehrer zumeist an der überlieferten Ordnung der Dinge fest. Lag doch die Gefahr nahe, daß nach Zulassung anders geschulter Hörer die herkömmliche Art der Vorträge gestört und die Aufgabe des Dozenten durch Rücksicht auf die Verschiedenheit der Vorkenntnisse erschwert werde. Vom Standpunkt der Universität aus erklärte man es daher nicht für ratsam, ohne Not an den Fundamenten des gelehrten Bildungswesens zu rütteln. Prof. Paulsen (II, 560) bezeichnet solche Argumente, welche den Bestrebungen der Realschulmänner entgegenstanden, als „eine in der Natur der Sache begründete Vorsicht“, als ein „Vorurteil, wenngleich in der Überlieferung und in an sich achtbaren Gefühlen der Pietät gegründet“, aber „die Entwicklung des Schulwesens und seine Anpassung an die veränderten Verhältnisse der Gegenwart werde dadurch erschwert.“

Vor allem war man auch in den leitenden Kreisen noch keineswegs geneigt, das Gymnasialmonopol zu gunsten der Realgymnasien fallen zu lassen, und namentlich stand den dahin zielenden Bestrebungen der Kultusminister v. Gofler als bewußter Gegner gegenüber. Wie Steinbart berichtet, erklärte er dem Direktor Schwalbe in einem Augenblick der Offenheit: „Die Medizin kann Ihnen auf die Dauer nicht vorenthalten bleiben, aber, so lange ich Minister bin, bekommen Sie sie nicht.“<sup>1)</sup>

Bei dem zähen Widerstand, den die Freunde der humanistischen Schulbildung leisteten, um dem Gymnasium sein ererbtes Vorrecht nicht nehmen zu lassen, war vollends keine Aussicht vorhanden, den Zutritt zur juristischen Laufbahn für Realschüler zu erlangen. Die Kenntnis des Griechischen hat allerdings für diese ebenfalls nur eine untergeordnete Bedeutung, und noch im Anfang des 19. Jahrhunderts konnten, wie im 18., Juristen ohne diese Sprache als Studenten sowohl, wie in ihrem späteren Beruf sehr wohl auskommen, ja sie brachten selbst im Lateinischen damals oft wohl kaum mehr mit, als in der Gegenwart ein Abiturient des Realgymnasiums aufweisen kann. Andererseits spielt für Männer, die mit ihren Ent-

<sup>1)</sup> Vgl. Pädagog. Archiv 1901, S. 318.

scheidungen in die mannigfachsten Lebensverhältnisse einzugreifen haben, eine genaue Bekanntschaft mit den realen Wissenschaften eine große Rolle, eine größere sicherlich, als philologische Gelehrsamkeit. Schon unter den Mitgliedern der Oktober-Konferenz 1873 gab es daher eine kleine Gruppe, welche es für zweckmäßig hielt, den griechischen Unterricht selbst auf dem Gymnasium wieder fakultativ zu machen, und für alle wissenschaftlichen Studien, welche die Kenntnis des Griechischen nicht wesentlich voraussetzten, die damalige Realschule l. O. als eine gleichwertige Vorbereitungsanstalt erachtete. Insbesondere sprach sich der Appellationsgerichtsrat Dr. Reichensperger, ein langjähriges Mitglied des Abgeordnetenhauses, wie des Deutschen Reichstags, für die Zulassung der Real-Abiturienten zum juristischen Studium aus, da die Bedeutung und die Erfolge des griechischen Gymnasialunterrichts im allgemeinen überschätzt würden.<sup>1)</sup> Sollte daher das Realgymnasium, namentlich nach der Verstärkung des lateinischen Unterrichts, nicht eine geeignete Vorbildungsanstalt auch für künftige Rechtsgelehrte sein? Konnten Lehrer daselbst ohne Schaden ihre Schulbildung finden, warum, fragte man, nicht auch Ärzte, Beamte, Richter? Auch beim juristischen Studium würden sich den Abiturienten dieser Lehranstalten kaum unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Aber die erst der Neuzeit entsprossene Schularart stand noch nicht hoch genug in der allgemeinen Achtung, und im deutschen Volksleben wird ja humanistische Schulbildung noch immer so überschätzt, daß mit lateinischen oder griechischen Brocken um sich werfen zu können, für ein Zeichen hoher Bildung gilt, während in einem Zeitalter, welches das Jahrhundert der Naturforschung und der Technik zu sein sich rühmt, es leicht verziehen wird, wenn ein gebildeter Mann in naturwissenschaftlichen und technischen Dingen große Unwissenheit verrät. Eine Autorität auf dem Gebiet der Entwicklung des höheren Schulwesens, Prof. Paulsen, der von jeher mit unbefangenen Blick für die neue Schulgattung eintrat, urteilt mit einem Anflug von bitterer Ironie: „Für den Lehrerstand sind auch die Minderen noch gut genug; der vornehmste Stand aber darf sich nur aus der vornehmsten Schule rekrutieren“, und er fügt die herben, aber nicht ungerechten Worte hinzu: „Die Aussperrung aus der medizinischen und juristischen Fakultät beruht auf Willkür und Vorurteil; auch Fakultätshochmut und Standeskastengeist spielen ihre Rolle; der sozialaristokratische Zug unserer Zeit ist wohl eines der stärksten Hindernisse einer vernunftgemäßen Ordnung unseres höheren Schulwesens, denn damit hängen zusammen die Aussperrungstendenzen.“<sup>2)</sup>

Das medizinische und juristische Studium blieb dem Realgymnasium verschlossen. Nur in einem einzigen Punkt gab der Kultusminister v. Goshler dem Drängen der Realschulmänner nach: durch die neue Prüfungsordnung für das höhere Schulamt vom 5. Februar 1887 wurde die Beschränkung der Anstellungsfähigkeit ehemaliger Realgymnasial-Abiturienten aufgehoben und damit auch von amtlicher Seite bestätigt, daß dieselben auf dem Gebiet der neuen Sprachen, der Mathematik und Naturwissenschaften sich bewährt hätten. Im übrigen war und blieb für ihn das humanistische Gymnasium die Urquelle aller höheren wissenschaftlichen Bildung, und von den Reformbestrebungen hielt er nicht viel, zumal da von den zahllosen Vorschlägen, die zu Tage getreten waren, kein einziger allgemeine Billigung gefunden hatte. Nicht, als ob er für das Realschulwesen kein Verständnis gehabt hätte; vielmehr war

<sup>1)</sup> Vgl. die Protokolle der Oktober-Konferenz (Berlin 1874), sowie die Schrift A. Reichenspergers „Phrasen und Schlagwörter“ (4. Aufl. 1872).

<sup>2)</sup> Vgl. Paulsen, Gesch. des gelehrten Unterrichts II, S. 568.

er unbefangen genug, um auch die modernen Bildungsmittel und die Wichtigkeit der Realschulen für das Volksleben zu würdigen. Aber eine große Sorge erfüllte bereits seit Beginn der 80er Jahre das preußische Ministerium: die zunehmende Überfüllung der gelehrten Berufsarten, die sich nicht nur in der Not zahlreicher unverzogter Schulamtskandidaten, sondern vornehmlich auch im medizinischen Fach geltend machte.

Über die Ursache dieser Erscheinung wurde damals viel verhandelt; der Realschulmänner-Verein machte daher die Frage zum Gegenstand einer Preisaufgabe, und von 76 Lösungen, die eingingen, wurden die beiden Arbeiten von Gymnasiallehrer Dr. Piezker-Nordhausen und Dr. Trentlein-Karlsruhe als die besten anerkannt. Der Meinung, daß die Zulassung der Realschulabiturienten zu Universitätsstudien Mitschuld an der Überflutung trage, trat man als einer irrigen entgegen; konnte doch die Überzahl der Mediziner den Realgymnasien am wenigsten auf Rechnung gesetzt werden. Vielmehr liege die Hauptanziehungskraft zum Studium in der sozialen Stellung, welche der gelehrte Mann noch immer im deutschen Volk genieße, und die nicht bloß studierte Beamte, sondern auch Familien aus subalternen und noch niedrigeren Klassen reize, ihren Söhnen unter großen Opfern eine Universitätsbildung zu ermöglichen. Von den höheren Lehranstalten weise das Gymnasium geradezu auf die Hochschule hin, während auf den Realschulen die Mehrzahl der Schüler einem praktischen Beruf sich zuwende; der stetigen Vermehrung gymnasialer Lehranstalten sei daher entgegenzuarbeiten, und ohne Bedenken dürfe man die Realschulen durch größere Berechtigungen heben. Sollte dann zunächst auch eine Steigerung des Universitätsbesuchs wahrscheinlich sein: da Ebbe und Flut in den Fakultäten sich ganz von selbst nach den Bedürfnissen des öffentlichen Lebens zu regeln pflege, so könne eine solche Maßregel wohl gar umgekehrte Folgen haben. Einerseits würden die überfüllten Gymnasien von dem übermäßigen Schulan drang befreit werden; andererseits könne das gleichgestellte Realgymnasium, wie Paulsen sagt (II, 585), als „ein mit einem größeren Fundationsgebiet ausgestatteter Sicherheitskanal“ die Hochflut von den Universitäten ablenken <sup>1)</sup>

Die Regierung teilte diese Anschauung nicht. Da der Zudrang zum Studium seit der Zulassung der Realabiturienten sich bemerkbar gemacht hatte, so schloß man, um mit Paulsen zu reden (II, 584), „nach der Formel post hoc, ergo propter hoc, daß durch Erweiterung der Berechtigungen der zweiten Schulart die Überschwemmung der Universitäten und

<sup>1)</sup> Das Thema des Preisanschreibens, welches, unterzeichnet von Direktor Dr. Schauenburg, 1000 M. für die zutreffendste Beantwortung der Frage aussetzte, lautete: „Woher rührt die Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer und durch welche Mittel ist derselben am wirksamsten entgegenzutreten?“ Als Preisrichter fungierten Geh. Rat Dr. Höpner als Kommissar des Unterrichtsministers, Prof. Dr. Conrad-Halle, Prof. Dr. Paulsen-Berlin, der Abgeordnete L. F. Seyffardt-Krefeld, Dir. Dr. Schauenburg-Krefeld, Dir. Dr. Steinbart-Duisburg und der Geh. Rat Frhr. v. Zedlitz und Neuftrich-Berlin. Die Entscheidung erfolgte am 15. April 1889 gemäß dem Antrag des abwesenden Mitgliedes Seyffardt, und man kam zu dem Beschluß, den Preis zu teilen und jeder der preisgekrönten Arbeiten von Piezker und Trentlein die Hälfte der Summe zuzuerkennen. Dieselben wurden veröffentlicht unter dem Titel: „Der Zudrang zu den gelehrten Berufsarten, seine Ursachen und etwaige Heilmittel“ (Braunschweig 1889). In Betracht kommt außerdem noch die Arbeit von Heinr. Mazat, Direktor der Landwirtschaftsschule in Weilburg: „Die Ueberfüllung der gelehrten Fächer und die Reformschulfrage (1889), sowie Conrad, „Das Universitätsstudium“ und Lexis, „Denkschrift über die den Bedarf Preußens entsprechende Normalzahl der Studierenden“. Unter den 6 Arbeiten, welche zur engeren Wahl gestellt waren, erhielten auch die Ausführungen des Realgymnasialoberlehrers Dr. Gercken-Perleberg und die des Gymnasialoberlehrers Perthes-Bielefeld eine ehrenvolle Anerkennung.

der gelehrten Berufe noch bedenklicher werden müsse“, und obwohl die Entwicklung des höheren Schulwesens noch immer nach der gymnastischen Seite hin einseitig überwiegend blieb und die Zahl der höheren Lehranstalten in Preußen, wie im ganzen deutschen Reich sich stetig mehrte, arbeitete man doch nicht der Ausbreitung der Gymnasien entgegen, sondern das Realgymnasium hatte „als *locus minoris resistentiae* den Druck in erster Linie auszuhalten.“<sup>1)</sup> Die Sorge um Verminderung des gelehrten Proletariats wurde für den Minister v. Götler der Grundgedanke seiner Schulpolitik, und ein wirksames Mittel, um dem Anwachsen desselben zu steuern, sah er seinerseits in der Förderung lateinloser Lehranstalten, deren Gedeihen bisher durch die Entstehung und Entwicklung der lateinischen Realschulen vereitelt sei. Zur Gründung reiner Realschulen glaubte er daher auf alle Weise aufmuntern zu müssen, und während der Staat früher sich wenig genug um sie gekümmert hatte, wurde diese Schulart unter ihm, so zu sagen, ein Lieblingskind der preussischen Schulverwaltung. In einer sehr eingehenden Rede, welche der Minister am 6. März 1889 im Abgeordnetenhaus über Reformfragen hielt, setzte er seine Ansicht auseinander. Wohl sei, entwickelte er, der Ausbau der Lehrpläne, die Herstellung eines Bildungsabschnitts an höheren Lehranstalten schon nach Abschluß der Unter-Sekunda, die Besserung der Methode und gründlichere Ausbildung der Lehrer, sowie die Hebung der Körperpflege unter den Schülern eine ernste Aufgabe der Schulverwaltung und überhaupt der pädagogischen Wirksamkeit, aber was dem Schulwesen seiner Zeit vor allem nothue, das sei die Herstellung eines richtigen Verhältnisses der höheren Bildungsanstalten zur Einwohnerzahl, daher Minderung 9klassiger Anstalten und Erschwerung bei Neugründungen derselben, dagegen Bevorzugung lateinloser Schulen mit kürzerer Unterrichtsdauer zu ungunsten der lateintreibenden, insbesondere der gymnastischen Lehranstalten (d. h. vor allem der Realgymnasien).<sup>2)</sup> Infolge höherer Protektion erstreute sich denn auch die 6-stufige lateinlose Bürgerschule einer schnelleren Verbreitung; sowohl Neugründungen, als Umwandlungen 7-stufiger Lateinschulen in solche Anstalten wurde vorgenommen, denn für die weiten Schichten der mittleren Stände schienen lateinlose Schulen ein dringendes Bedürfnis zu sein.<sup>3)</sup> Und doch trug auch diese Schulart dazu bei, noch mehr Staub in der Arena des Schulkampfes aufzuwirbeln, als die Oberrealschule ebenfalls mit höheren Ansprüchen auftrat.

Lateinlose 6klassige Lehranstalten mit 9jährigem Kursus, welche seit dem Erlaß vom 1. November 1878 aus den Gewerbeschulen sich herausgebildet hatten und für die gewerbe-

<sup>1)</sup> Die Zahl der humanistischen Lehranstalten war und blieb bei weitem in der Mehrzahl. Am 1. Jan. 1888 zählte man in Preußen 264 Gymnasien und 40 Progymnasien (zusammen 304), im deutschen Reich zusammen 465 (411 Gymnas., 54 Progymnas.). Die lateintreibenden Realanstalten dagegen hielten sich nur auf der bisherigen Höhe. In Preußen gab es damals 88 Realgymnasien und 89 Realprogymnasien, (zusammen 177), im deutschen Reich zusammen 244 (135 R.-G. und 109 Realprogymnas.).

<sup>2)</sup> Vgl. die Sammlung von Ansprachen und Reden des Kultusministers v. Götler (1890).

<sup>3)</sup> Immerhin war die Zahl der lateinlosen Realschulen noch im Anfang des Jahres 1888 den lateintreibenden gegenüber verschwindend klein. In Preußen gab es 1882 nur 12 Oberrealschulen, 16 Realschulen, 20 höhere Bürgerschulen (zus. 48), im deutschen Reich im ganzen nur 169 (17 O.-R.-Sch., 63 R.-Sch., 89 h. B.-Sch.) gegen 244 Realschulen mit Latein. Das Verhältnis ändert sich freilich zugunsten der ersteren, wenn man eine Anzahl von Fachschulen, welche in ihren Lehrplänen die wesentlichen Merkmale höherer Bürgerschulen aufweisen, dazu rechnet, so namentlich 22 für den einjährig-freiwilligen Heeresdienst berechnete Landwirtschaftsschulen, wovon 16 allein in Preußen waren. Auch stieg die Zahl der höheren Bürgerschulen in den Jahren 1882—92 von 35 auf 55, darunter freilich waren 6 allein in Berlin, wo die Ueberfüllung der bestehenden Lehranstalten die Gründung neuer Schulen notwendig machte. (Vgl. Wiese IV, S. 648 ff.)



treibenden Stände eine höhere Bildung als die 6-stufigen Realschulen gewähren sollten, waren unter großen Opfern von städtischen Gemeinden ins Leben gerufen, da nach Abschluß ihrer Organisation den umgewandelten Anstalten, wofern sie den Anforderungen bezüglich ihres Lehrplans genügten, in Aussicht gestellt war, auch entsprechende Berechtigungen zu erhalten. Realschulen mit 6-jährigem Kursus standen natürlich bloß niedere Berechtigungen zu; sie durften den Berechtigungsschein für den einjährig-freiwilligen Heeresdienst nur auf Grund eines bestandenen Abschlußexamens erteilen. Eine 9-stufige Lehranstalt dagegen hatte das Recht, ein solches Zeugnis schon nach erfolgreichem Besuch der Unter-Sekunda lediglich auf Konferenzbeschluß auszustellen, und in dieser Beziehung stand die Oberrealschule allerdings auf gleicher Stufe mit dem Gymnasium und dem Realgymnasium. Aber im Wettbewerb mit dem letzteren sollte sie die Erfahrung machen, daß trotz angeblicher Gleichstellung noch immer der lateintreibenden Schule der Vorzug vor der lateinlosen gegeben wurde. Schon für das sogen. Zivilnumerariat und den Subalterndienst bei Staatsbehörden, für den die Prima-Reise einer Vorklasse genügte, wurde das Zeugnis einer Oberrealschule nur anerkannt, wenn der Bewerber durch eine an einem Realgymnasium abgelegte Prüfung die erforderliche Ausbildung im Lateinischen nachweisen konnte, und ebenso wurde hinsichtlich des Reisezeugnisses in der „Ordnung der Entlassungsprüfungen vom 27. Mai 1882“ bestimmt, daß die Schüler, welche vollbefriedigend den Lehrkursus einer Oberrealschule durchgemacht hätten, eine Gleichstellung mit den Abiturienten eines Realgymnasiums erst durch ein Examen im Lateinischen erlangen konnten. Es sollte auf diese Weise jenen die Erlangung der Berechtigungen erleichtert werden, welche die Entlassungsprüfung eines Realgymnasiums verließ, aber es wurde doch damit klar und deutlich ausgesprochen, daß in der Werteschilderung die Oberrealschule ebenso weit hinter dem Realgymnasium zurückstand, wie dieses hinter dem humanistischen Gymnasium, und solche Nachprüfungen waren daher für alle Freunde der Realschulbildung ein Gegenstand des Anstoßes, weil derartige Forderungen allen Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit widersprächen.<sup>1)</sup> Namentlich trat der Direktor W. Krumme in Braunschweig energisch gegen diese Einrichtung auf. „Nachprüfungen“, schreibt er, „sollen überhaupt nicht sein, weil sich nicht vermeiden läßt, daß sie zur Aneignung toten und unbrauchbaren Wissens führen, das beiseite gelegt wird, sobald die Prüfung bestanden ist; wofür gibt man einem jungen Menschen das Zeugnis der Reise, wenn man ihm nicht das Vertrauen schenken will, daß er selbständig beurteilen kann, was er zu tun hat?“ Er war einer der entschiedensten und eifrigsten Verteidiger der lateinlosen Schulbildung; da er aber hoffte, daß den lateinlosen Oberrealschulen über kurz oder lang die Gleichberechtigung nicht vorenthalten werden könne, wenn die lateinlehrende Realschule an Ansehen gewönne, trat er

<sup>1)</sup> Auf manchen Oberrealschulen, wie z. B. in Braunschweig, wurde daher den Schülern bereits Gelegenheit geboten, mit der Erlernung der lateinischen Sprache den Anfang zu machen. Die Abiturienten der Anstalt mußten eben noch erst durch Kenntnisse im Lateinischen ihre Fähigkeit erweisen, wenn sie nur die geringen Rechte des Realgymnasiums sich erwerben wollten; ein Abiturient des Realgymnasiums aber hatte, wenn er ein anderes akademisches Fach als neuere Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften studieren wollte, seinerseits am Gymnasium sich einer Nachprüfung in beiden alten Sprachen, sowie in der alten Geschichte zu unterwerfen, während ein Gymnasialabiturient ohne weiteres zu jedem Studium nicht nur auf der Universität, sondern auch auf der technischen Hochschule berechtigt war, obwohl selbst von Anhängern der Gymnasialbildung zugestanden wurde, daß dieselbe für die technischen und naturwissenschaftlichen Studien nicht ausreichend sei.

nachdrücklich auch für die Realgymnasien ein; galt es doch, dem durch die Realschule getragenen realistischen Prinzip volle Gleichschätzung mit dem humanistischen zu erkämpfen.

Indessen gerade auf dem Gebiet, für welches die Oberrealschule von Hause aus bestimmt war, sollte dieselbe eine empfindliche Zurücksetzung erfahren, und gerade in den Kreisen, denen sie vornehmlich dienen sollte, stieß sie auf Widerstand. Noch ehe die früheren Gewerbeschulen in die Verwaltung des Kultusministeriums übergegangen waren (1. April 1879), war ihnen, nachdem die betreffenden Etatspositionen im Abgeordnetenhaus gut geheißsen waren, vom Minister der öffentlichen Arbeiten durch den Erlaß vom 19. Februar 1879 das Recht uneingeschränkter Vorbereitung für die technischen Hochschulen mit Einschluß auch des Staatsbau- und Maschinensachs zuerkannt. Es geschah dies nicht etwa bloß versuchsweise, sondern es handelte sich um die Einführung einer definitiven Organisation, und es wurden nicht nur von dem Referenten v. Bunsen, sondern auch von dem Vertreter der Regierung, Geh. Rat Lüders, weitere Berechtigungen für das Post- und Telegraphen-, Forst- und Bergfach in Aussicht gestellt.<sup>1)</sup> Wie bereits erwähnt, agitierten aber gegen solche Berechtigung preußische Staatsbaubeamte, angeblich, weil es keine höhere Bildung ohne die klassische gebe und zu den Staatsprüfungen im gesamten Baufach die Kenntnis der alten Sprachen erforderlich sei, und obwohl der Architekt doch ein wesentliches Interesse an guter Vorbildung in den realen Wissenschaften haben mußte, verlangte namentlich die Majorität des Berliner Architektenvereins in einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petition, daß die 9klassige Gewerbeschule, welche doch sicherlich eine gute Unterlage für die Technik zu geben imstande war, die Berechtigung der Zulassung zu den technischen Prüfungen nicht erhalte. So entschieden damals selbst Bonitz diesem Vorurteil entgegen trat,<sup>2)</sup> die Abneigung setzte sich fort auch gegen die aus den Gewerbeschulen hervorgegangene Oberrealschule, und der Minister für öffentliche Arbeiten v. Maybach gab dem Drängen nach. Durch den Erlaß desselben vom 6. Juli 1886 wurde die Zulassung zu den technischen Hochschulen abhängig gemacht von dem Besuch eines Gymnasiums oder Realgymnasiums; den Abiturienten der Oberrealschule dagegen wurde der Zutritt zu den Staatsprüfungen im gesamten Baufach wieder verschlossen und diese Maßregel, welche die neugeschaffene Lehranstalt zu langsamem Aussterben verurteilte, durch nichts weiter motiviert, als daß diese Zurücknahme dem Wunsch der Baubeamten entspreche.

Es war dies ein harter Schlag für die Anhänger des lateinlosen höheren Schulwesens, und man unterließ nicht voll Bitterkeit darauf hinzuweisen, daß im Grunde lediglich Rang- und Standesrücksichten auch in diesem Fall das Motiv zu dem Protest gewesen seien. In dem Baubureau saßen Subalternbeamte, welche das Sekundaner-Zeugnis einer latein-

<sup>1)</sup> Als 2 Jahre später, 1881, eine Denkschrift an die Mitglieder der ständigen Kommission für das technische Unterrichtswesen erschien, war der Ton schon gedämpfter, und es wurde darin auf die Zukunft verträöstet. Die Unterrichtsverwaltung, erklärte man, werde es an Anregungen nicht fehlen lassen, aber die Entscheidung liege nicht bei ihr allein, und man ließ durchblicken, daß man in den Konzeptionen an die lateinlose Realanstalt nicht so weit gehen wolle, als in anderen, z. B. auch in süddeutschen Ländern geschehen sei. „Der Fortschritt“, hieß es zum Schluß, „wird nach der Natur der Dinge nur allmählich erfolgen; wer aber von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß nach den Bedürfnissen unseres heutigen bürgerlichen Lebens auch diejenige Realanstalt, welche ihren Lehrplan durch die Beschränkung auf die modernen Sprachen vereinfacht, innerhalb unseres Unterrichtswesens vertreten sei, wird sich durch die Allmählichkeit jenes Fortschritts nicht irre machen lassen“.

<sup>2)</sup> f. Programm 1910, S. 41.

treibenden Lehranstalt besitzen mußten; durften da die aufsichtführenden Herren im Kgl. Bau-  
fach, die Regierungsbauführer und Regierungsbaumeister, der humanistischen Bildung ent-  
behren, ohne an Standesehre zu verlieren? Oft genug hatten solche in ihren Kreisen schwer  
empfinden müssen, daß sie den Juristen gegenüber im Kollegium Zurücksetzung erfuhren; daher  
die Überzeugung, daß zum Baufach nur Leute mit gleicher Vorbildung, wie zur Jurisprudenz  
zugelassen werden dürften.

Auf alle Freunde des Realschulwesens wirkte der ministerielle Erlaß sehr nieder-  
schlagend, und er wurde als ein verwerflicher Mißgriff empfunden. Der Direktor Gallen-  
kamp, ein Mann, der wie kein anderer sich um die Ausgestaltung der Oberrealschule bemüht  
hatte und ebenso tatkräftig, als geistvoll für sie eingetreten war, erblickte in dem Eingriff  
des Ministers eine Vernichtung aller seiner Hoffnungen, und die letzten Jahre seines Lebens  
wurden ihm schwer dadurch verbittert. Der Direktor Krumme gab zwar die Hoffnung nicht  
auf, daß die Zukunft das Unrecht wieder wettmachen würde, doch war die arge Benachteiligung  
der reinsten Realschulform in seinen Augen „die beschämendste Tatsache in der Geschichte des  
höheren Unterrichtswesens in Preußen“. Ebenso verurteilten vorurteilsfreie Ingenieure und  
Techniker mit Unwillen die Maßregel, welche aller sachlichen Begründung entbehre, und der  
weitverbreitete Hauptverein deutscher Ingenieure sprach nicht nur sofort auf der Koblenzer  
Versammlung sein Bedauern über einen solchen Schritt der Behörde aus, sondern stellte sich  
rückhaltslos auf die Seite der Realschulen und begann zugunsten derselben sich mit der  
Berechtigungsfrage ernstlich zu beschäftigen. Auch im Abgeordnetenhaus erklärte, als die  
Sache zur Sprache kam, der Graf v. Limburg-Styrum, in der Budgetkommission habe die  
einstimmige Ansicht geherrscht, daß für die höhere Bildung, die für die Zwecke des Poli-  
technikums gefordert werde, die klassischen Studien nicht unbedingt nötig seien, und daß die  
Diskussion deshalb die Bedeutsamkeit habe, in entschiedener Weise das Monopol der klassischen  
Bildung für die einschlagenden Wissenschaften zu durchbrechen. Der nationalliberale Abgeordnete  
Seyffardt sprach offen aus, daß das berechtigte Standesbewußtsein der Baubeamten in Standes-  
vorurteil umgeschlagen sei, denn die Petitionen hätten sich viel weniger gegen den Lehrplan  
der Schulen gerichtet, als der Befürchtung Ausdruck gegeben, in der preußischen Beamten-  
hierarchie, deren Gliederung allerdings an chinesische analoge Verhältnisse erinnern, könnte  
eine andersartige Vorbereitung der Stellung des Baufachs nachteilig sein. Die öffentliche  
Meinung werde niemals die Forderung der Herren Staatsbeamten guthießen, so lange sie  
nicht nachweisen könnten, daß die Bildung auf den Oberrealschulen ungeeignet oder weniger  
geeignet sei, als diejenige auf dem Gymnasium und Realgymnasium, und dies zu beweisen,  
sei nicht einmal der Versuch gemacht. Selbst vom Ministertisch her ließ der Ministerial-  
direktor Dr. Jacobi die Bemerkung fallen, dem Minister der öffentlichen Arbeiten habe es  
bei seiner Entschließung nicht entgehen können, daß, wenn man die Stimmen wägen wollte,  
eine verhältnismäßig große Zahl solcher Techniker, die als maßgebend auf diesem Gebiet be-  
zeichnet werden könnten, von vornherein auf seiner Seite gestanden hätten, und der spätere  
Landwirtschaftsminister Dr. Lucius schloß nach langen und eingehenden Verhandlungen sein  
Résumé mit dem Wunsche, daß in den bürgerlichen Berufskreisen dem Vorurteil gegen die  
Oberrealschulen entgegengetreten und ihnen die Achtung verschafft und gesichert werden möchte,  
die sie ihrem inneren Wert nach in der Tat verdienten.<sup>1)</sup> Indessen zu einem öffentlichen

<sup>1)</sup> Noch in den späteren Verhandlungen der Dezember-Konferenz 1890 gab der Geh. Regierungsrat  
Prof. Ende als offizieller Vertreter der technischen Studien offen zu, daß vorwiegend Standesinteressen die

Proteste gegen die Entscheidung kam es nicht. Der Gewaltakt des Ministers führte zwar im Ministerium den Beschluß herbei, daß Erteilung und Entziehung von Berechtigungen künftig nicht mehr durch den Federstrich eines einzelnen Ressortministers, sondern nur auf Grund einer gemeinsamen Beratung des gesamten Staatsministeriums erfolgen sollte; jedoch die einzige obere Berechtigung, welche die Oberrealschule bis dahin besessen hatte, ging zunächst ihr wieder verloren.

Die Folgen blieben nicht aus. Die Zahl der Oberrealschulen ging im preussischen Staat von 12 auf 8 zurück, und die Zahl der Abiturienten sank in den Jahren 1882—88 von 77 auf 27 herab.<sup>1)</sup> Es zeigte sich, daß die mit den größten Erwartungen begrüßte Schulart nicht gedeihen konnte, so lange es ihr an Berechtigungen fehlte. Um so fühlbarer trat die Notwendigkeit hervor, dem lateinlosen Schulwesen in der öffentlichen Meinung mehr Achtung zu erringen, den „Nebel falscher Bornehmheit“ zu zerstreuen und einer tüchtigen sachlichen Bildung zur Anerkennung zu verhelfen. Hatte man für die Abiturienten der Oberrealschule bisher nur die staatliche Anerkennung hinsichtlich der technischen Berufsfächer erstrebt, so ging man seit 1886 zu der Forderung vor, daß alle 3 Vollanstalten durchaus gleiche Rechte erhalten müßten, wenn der leidige Kampf im höheren Schulwesen sein Ende finden sollte.<sup>2)</sup>

## 2. Verhandlungen im Abgeordnetenhaus.

Alljährlich wurde die Realschulfrage, wie überhaupt die Reformbedürftigkeit des höheren Schulwesens auch im Abgeordnetenhaus ein Gegenstand der Debatte und bei den Beratungen über den Kultusetat zum Teil lebhaft und eingehend erörtert. Einflußreiche Parteiführer, wie Frhr. v. Minnigerode und Dr. Windthorst hatten allerdings für die Realschulen im allgemeinen nicht viel übrig; auch Löwe-Galbe gedachte in öffentlichen Reden dankbar gern der klassischen Bildung, die er für seine Person nicht entbehren möchte, und hegte nach den bisherigen Erfahrungen wenig Hoffnung, daß eine Reform in absehbarer Zeit zu erreichen sein werde, doch gestand er zu, daß die Gymnasialbildung sich nicht für alle Schicke, und er trug kein Bedenken, die Notwendigkeit einer besonderen Pflege des Realschul-

Baubeamten bei ihrem Protest geleitet hätten. „Ich will keinen Stein auf sie werfen“, erklärte er, „sie hatten Recht, aber vom Standpunkt der Sache selbst hatten sie Unrecht“. (Vgl. Verhandl. über Fragen des höheren Unterrichts“ (Berlin 1891, W. Herz) S. 141 f.)

<sup>1)</sup> In Berlin hielt sich zwar die Friedrich-Werdersche Oberrealschule unter W. Gallenkamp (†1890), sowie die Luisenstädtische unter Bandow, obwohl beide unter der Ungunst der Verhältnisse dahinzusinken drohten; dagegen wurde die frühere Gewerbeschule in Potsdam, welche 1882 eine Oberrealschule geworden war, 1886, nachdem am 5. Sept. 1885 die erste Reifeprüfung stattgefunden hatte, in eine Realschule mit 7 jährigem Lehrgang und nach Erlaß der neuen Lehrpläne in eine solche mit 6 jährigem Lehrgang umgewandelt. Auch in der Provinz Schlesien, welche 1882 drei Oberrealschulen aufzuweisen hatte, blieben nur die in Breslau und Gleiwitz bei Bestand, diejenige in Brieg aber wurde wegen zu geringer Schülerzahl 1886 aufgelöst. In der Rheinprovinz, wo es 1882 drei Oberrealschulen gab, wurde diejenige in Krefeld zu einer 7 klassigen Realschule herabgesetzt, nachdem die Stadt die ausschließliche Unterhaltungspflicht hatte übernehmen müssen, und ebenso wurde in Elberfeld aus der Oberrealschule wegen zu geringen Besuchs der oberen Klassen 1890 eine Realschule, um wie jene erst 1892 wieder vervollständigt und 1893 aufs neue anerkannt zu werden. Neue Oberrealschulen wurden in keiner Provinz während der Jahre 1882—90 errichtet.

<sup>2)</sup> Vgl. F. Cauer, „Staatsfürsorge und Selbstverantwortung im Zutritt zur Universität“, Abh. III in dem von W. Lexis herausgegebenen Werk: „Die Reform des höheren Schulwesens in Preußen“ (Halle a. S., 1902).

wesens zu betonen. Ein eifriger Verfechter der modernen Bestrebungen aber war namentlich der nationalliberale Volksvertreter für Krefeld, Ludwig Friedr. Seyffardt, der mit dem Realschulmännerverein in regem, sowohl mündlichem wie schriftlichem Verkehr stand und als Vertrauensmann zu den jährlichen Versammlungen desselben eine besondere Einladung zu erhalten pflegte.<sup>1)</sup>

Er war kein Gegner des Gymnasiums. Willig gab er zu, daß diese Lehranstalt „den größten Teil tüchtiger Männer in Wissenschaft, in Verwaltung, im öffentlichen Leben herangebildet und damit den Beweis geliefert habe, daß sie durchaus geeignet sei, bis zum Abiturienten-Examen eine geistige Reise zu erzielen, die zum vollen und ganzen Eindringen in die Kultur und das Leben der Gegenwart befähige.“ Überhaupt war er der Überzeugung, daß die höheren Schulanstalten „nach ihrer inneren Einrichtung und nach der Befähigung ihrer Lehrer“ vortrefflich seien und daß junge Leute, welche die Abiturienten-Prüfung bestanden, eine vorzügliche Vorbildung aufzuweisen hätten, eine Bildung, die „in formaler wie idealer Beziehung noch nicht überboten sei.“ Aber ein unbestreitbares Übel erkannte auch er in der Tatsache, daß „nur einer Minderheit von Schülern daselbst eine in sich gefestigte abgeschlossene Bildung gewährt würde.“ „Tausende und Abertausende, welche bis Untersekunda die Gymnasien besuchten, um sich das Recht zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu ersitzen, erhielten doch eine Bildung, die ganz unzweifelhaft für ihren künftigen Beruf wenig geeignet sei und in idealer Richtung erst recht des Ruhmes entbehre, da ja ihr Lebens- element, der altsprachliche Unterricht, gerade in dem Augenblick abgebrochen werde, wo es erst beginne fruchtbringend zu werden.“ Am schlimmsten komme der Nachwuchs der dem wirtschaftlichen Leben angehörigen Kreise dabei weg, soweit er nicht Zeit und Trieb habe, bis zum Abiturienten-Examen durchzudringen. Für diesen bedeute die Reise für Obersekunda, wenn sie auf dem Gymnasium errungen sei, allenfalls wohl den Besitz einer guten formalen Bildung, ganz bestimmt aber einen Fehlbetrag an allgemeiner wissenschaftlicher und idealer Bildung, und das sei ein Krebschaden am kaufmännischen, industriellen, überhaupt wirtschaftlichen Leben. Während v. Minnigerode seine Abneigung gegen das Realschulwesen durch den Hinweis begründete, man müsse „dem Fluch der Halbbildung entgegenwirken“, hob Seyffardt dagegen hervor, daß, wofern man unter Halbbildung jede unfertige, auf dem Wege zum Ziel stecken gebliebene Bildung, unter wahrer Bildung aber die Ausfüllung eines wenn auch beschränkten Gedankenkreises verstehe, die allerschlimmste Halbbildung auf den Gymnasien gezüchtet werde. Denn was hätten die jungen Leute von den alten Sprachen, wenn sie den Unterricht gerade zu einer Zeit verließen, wo die formale Schulung erst in die ideale Würdigung der klassischen Schriftsteller überzugehen beginne? Würden alle diejenigen, welche die wirtschaftliche Laufbahn erwählten, nicht viel besser ihre Zeit auf moderne Sprachen, auf Naturwissenschaften, vor allem auf die Muttersprache und die deutsche Literatur verwandt haben, Disziplinen, die das Leben weiter zu führen täglich Veranlassung biete? Sie würden in den 6 Jahren mehr Elemente einer idealen Weltanschauung in sich aufnehmen können, als der Lehrgang der 6 unteren Klassen des Gymnasiums ihnen biete.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. die in seinem Auftrag nach seinem Tode veröffentlichten „Erinnerungen“ (Leipzig 1900, Dunder & Humblot).

<sup>2)</sup> Vgl. Seyffardt's „Erinnerungen“ S. 311, 337f, 363f, 409ff, 510.

Vor allem redete er daher einer weiteren Verbreitung von 6-klassigen Mittelschulen das Wort im Interesse aller, die sich dem mittleren Wirtschaftsleben widmen wollten. „Die Ermöglichung geeigneter Vorbildung für das praktische Wirtschaftsleben“, versicherte er, „würde eine reformatorische Maßregel ersten Ranges bedeuten“, und in dieser Beziehung stellte er sich freudig auf die Seite des Ministers v. Gösler, der bei Beratung des Kultusetats mehrfach hervorgehoben habe, daß seine ganze Anstrengung darauf gerichtet sei, solche Anstalten, die in 6–7-jähriger Dauer eine gewisse abgerundete Bildung darbieten, zu stützen. „Gebe es doch auch außerhalb der gelehrten Stände ein großes, weites und fruchtbares Gebiet zur Entfaltung menschlicher Tätigkeit, dessen Beackerung der heranwachsenden Generation zu empfehlen sei“. Mit dankenswerter Offenheit habe der Minister die Anschauung anerkannt, daß für drei Viertel der Schüler an den Gymnasien, welche aus den unteren und mittleren Klassen in das bürgerliche Erwerbsleben übergangen, eine realistische Vorbildung viel geeigneter gewesen sein würde; aber, wenn er behaupte, fortwährend bestrebt gewesen zu sein, nach dieser Richtung hin Abhilfe zu schaffen, so habe er doch irgend einen nennenswerten Erfolg nicht gehabt. An höheren 6-klassigen Bürgerschulen und 7-klassigen Realschulen gebe es in Preußen, das konnte Seyffardt der Regierung im Frühjahr 1885 vorhalten, nur etwa 35 an der Zahl, durchschnittlich also noch nicht 3 für die Provinz; eine angemessene Vorbildung für das höhere Handwerk, die mittleren Stellungen in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sei daher außerordentlich schwer zu gewinnen, namentlich in den östlichen Landesteilen, wo die Realanstalten noch viel weniger verbreitet seien, als im Westen. Woher dieser Mißerfolg? Weil seit Dezennien bald die Ministerien, bald die höheren und mittleren Schulbehörden das Möglichste getan hätten, die Gymnasien als die vornehmeren Anstalten allen anderen gegenüber zu bevorzugen. Diese hätten einen besonderen Normaletat, ihre Lehrer seien erheblich besser besoldet, als diejenigen der Nichtvollanstalten, und daher bleibe den letzteren trotz aller ausgesprochenen Sympathien der staatliche Stempel der Inferiorität aufgedrückt. Die Menge aber folge dem Schein. So lange der Staat nicht beginne, in seinem Haushalt der jährlichen Bewilligung von 5 Millionen für Vollanstalten und zwar ganz vorwiegend für Gymnasien eine ähnliche, größere, dem Bedürfnis gemäß steigende Summe für lateinlose Bürger- und Realschulen zur Seite zu stellen, werde alles beim alten bleiben. Und doch werde dadurch nichts anderes erreicht, als eine Züchtung von Schülerballast, an dem mehr oder weniger alle höheren Schulen litten und der bei den Gymnasien schädlicher wirke, als bei den auf realistischer Grundlage arbeitenden Schulen, zugleich aber auch eine Überproduktion an Gymnasialbildung, die vielfach nur eine unabgeschlossene bleibe und ein Übel sei, welches dringend Abhilfe seitens der kgl. Staatsregierung erheische. In 166 preussischen Städten gebe es nur Schulen gymnasialer Art; es sei unbedingt zu wünschen, daß die große Zahl der Unterrichtskörper, aus welcher so viele Schüler mit unvollendeter Bildung hervorgingen, nach Möglichkeit beschränkt werde. Zu durchgreifenden Maßregeln müsse sich der Minister entschließen, die ein dauerndes Prosperieren 6-klassiger lateinloser Mittelschulen ermöglichten, denn es sei ein für das ganze öffentliche Leben allseitig und namentlich von den im wirtschaftlichen Leben stehenden Berufsarten gefühltes Bedürfnis, daß endlich einmal nicht bloß für die der akademischen Bildung zustrebenden Mitbürger, sondern auch für die bürgerlichen Mittelstände besser gesorgt werde, als es bisher der Fall gewesen sei.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Als später der Minister im Landtag mitgeteilt hatte, daß die Zahl der lateinlosen Realschulen um 30 gestiegen sei, rechnete Seyffardt ihm 1890 vor, daß davon zunächst schon 12 Anstalten auscheiden

Demgegenüber äußerten Frhr. v. Huene und Hobrecht das Bedenken, daß die Gemeinden dann neuen Belastungen entgegengehen würden; Seyffardt aber scheute sich nicht, vom Staat wie von den Kommunen finanzielle Opfer zu fordern und zwar nicht nur zwecks Neugründungen von Mittelschulen, sondern er verlangte auch eine völlige Gleichstellung ihrer Lehrer mit denen der Vollanstalten und eine einheitliche Regulierung ihrer Gehalts-, Pensions- und Rangverhältnisse, damit die in den Augen des Publikums als Aschenbrödel erscheinenden Anstalten die ihnen gebührende Würdigung fänden und die Lehrer ihre Stellen nicht mehr bloß als Durchgang zu den Posten an Vollanstalten betrachteten, sondern sich für die eigentlichen Zwecke der Mittelschulen erwärmen lernten. Er erachtete dies als „einen Antrag von großer Tragweite und weit gehender reformatorischer Bedeutung“. In Wirklichkeit fehle es noch vollständig an einem durchgeführten System von 6—7 klassigen Schulen für die wirtschaftlichen Berufe, doch sei es im Interesse des Staatswohles an der Zeit, ihnen das Gepräge der Minderwertigkeit zu nehmen, ihnen gute, den Gymnasiallehrern ebenbürtige Lehrer zu verschaffen, den Normaletat auch für die betreffenden Stellen zu erhöhen und eine allgemeine Regelung der Berechtigungsfrage herbeizuführen. Dann würde der Minister nach der einen Seite die gewünschte Entlastung der gelehrten und wissenschaftlichen Fächer erzielen, nach der anderen Seite den wirtschaftlichen Berufszweigen für ihre Zwecke besser vorgebildete Elemente zuführen, als die bisherigen Berechtigungskandidaten seien. Auch dürften die hervorgetretenen Übelstände nicht mehr, wie der Minister geäußert habe, auf langsamem Wege durch allmähliche Einzelbesserung beseitigt werden, sondern es sei sogar ein sehr rasches Tempo der Reform zu empfehlen. „Hat der Staat“, meinte er, „in früherer Zeit auf verständige Weise zur Hebung der Qualität seiner Beamten und zur Förderung der Wissenschaft große Opfer zu bringen sich zugemutet in Förderung der Gymnasien, so kann er sich, wie die Dinge sich verändert haben, wie die wirtschaftlichen Forderungen der Neuzeit nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden können, dem nicht entziehen, daß er auch denjenigen Schulen, die ihm die tüchtigsten Kräfte zur Anbahnung wirtschaftlichen Gedeihens und allgemeinen Wohlstandes erziehen sollen, in gleicher Weise fördernd zur Seite trete.“<sup>1)</sup>

müßten, die als frühere Gewerbeschulen bereits lateinlos gewesen seien und jetzt nur unter einer anderen Rubrik geführt würden. Den 18 wirklich neuen lateinlosen Realschulen ständen aber 18 neu gegründete Gymnasien gegenüber, und inzwischen seien 9 Realgymnasien eingegangen, Anstalten, die selbst den aus der Unter-Sekunda ausscheidenden Schülern immer noch eine bessere Allgemeinbildung böten, als die Gymnasien. Das Verhältnis von 9 realistischen Schulen gegenüber 18 Gymnasien sei keine Basis, auf die der Minister als auf eine Besserung hinflicken dürfe. Wenn das so fortgehe, hätte man vielleicht erst in einem Jahrhundert Aussicht, dazu zu kommen, daß eine Reform endlich durchgeführt werde, die gegenwärtig schon ein Bedürfnis des Augenblicks sei. (Vgl. „Erinnerungen“ S. 518). Insbesondere wies er darauf hin, daß 1887/88 in Preußen neben 264 Gymnasien und 39 Progymnasien außer 88 Realgymnasien und 89 Realprogymnasien nur 55 lateinlose Schulen (Oberrealschulen, Realschulen, höhere Bürgerschulen) vorhanden waren. Die gymnastiale Richtung zählte 62 Prozent der Gesamtzahl von Schülern, die lateintreibende realistische 25, die lateinlose realistische nur 13 Prozent. Von den jährlich den Gymnasien zuströmenden 9200 Schülern gelangten etwa nur 3600 bis zum Abiturienten-Examen, 5600 dagegen gingen vor der Zeit ab, um sich dem Erwerbsleben, zum kleineren Teil dem Subalterndienst zuzuwenden. (Vgl. ebendas. S. 511). Er hielt es daher für angemessen, keine neue Gymnasialgründung zu gestatten, so lange nicht in derselben Stadt eine lateinlose Realschule vorhanden sei, und sämtliche Progymnasien und Realprogymnasien auf den Aussterbeetat zu setzen, damit sie sich langsam in lateinlose Realschulen umwandelten. (Vgl. ebendas. S. 515).

<sup>1)</sup> Vgl. seine „Erinnerungen“ S. 412, sowie S. 373, 361 u. a. D.

Reges Interesse wandte Seyffardt auch den Oberrealschulen zu, und namentlich, als diese „unglücklichen“ Lehranstalten, welche endlich, nachdem „seit 50 Jahren nach dem willkürlichen Ermessen der jeweilig maßgebenden Männer mit ihnen und an ihnen experimentiert worden sei“, auf der Basis der früheren Gewerbeschulen eine gewisse Konsistenz und zugleich die nötige Berechtigung zum Staatsbau- und Maschinensach erhalten hatten, infolge der Verfügung des Ministers v. Maybach 1886 in ihrer Existenz sich bedroht sahen, trat er mit großer Entschiedenheit für sie im Abgeordnetenhaufe ein. In der Erkenntnis, daß die Gymnasien für viele Berufe zwar eine vorzügliche, für andere aber eine schon weniger hervorragende, für noch andere kaum die richtige Vorbildung gewährten, habe man vor 8 Jahren (1879) jene Lehranstalten ins Leben gerufen, um eine tüchtige Vorbereitung für die Polytechniken und das gewerbliche Leben zu ermöglichen, und man habe damals ihnen nicht etwa eine versuchsweise, sondern eine definitive Gestaltung gegeben und zugleich ihnen die Erteilung weiterer Berechtigungen in Aussicht gestellt. An Stelle allmählichen Fortschritts sei jedoch der ungehemmte Rückschritt getreten; keine einzige der bei der Gründung den Schulen auf den Weg gegebenen Hoffnungen sei erfüllt, keine einzige der in Aussicht gestellten Berechtigungen erteilt; auch der Staatsminister Maybach und Lucius, die früher persönlich oder durch Kommissarien für diese Schulart eingetreten seien, hätten als Ressortchefs keinen Finger zu ihrer Förderung gerührt, vielmehr habe jetzt der Minister der öffentlichen Arbeiten den Oberrealschulen „den Todesstoß gegeben“ und sie zu allmählichem Aussterben verurteilt, eine Maßregel, wie sie ähnlich im preußischen Staat noch nicht vorgekommen sei und die an das französische Sprichwort: „Ordre, contre-ordre, désordre“ erinnern. Die Geschichte dieser Schulgattung sei kein rühmliches Kapitel in der Entwicklung des preußischen Schulwesens; „das traurige Schicksal derselben sei in hohem Grade geeignet, allen Schulfreunden wieder einmal den Nachweis zu liefern, zu welchen Konsequenzen der auf dem Gebiet des höheren Schulwesens regierende wohlwollende Absolutismus in Ermangelung jeder gesetzlichen Regelung der Berechtigungen geführt habe“, und es werde nunmehr die Aufgabe und ein Verdienst des Kultusministers sein dahin zu wirken, daß der Vorfall sich nicht wiederhole, daß vielmehr „auf dem Gebiet der höheren Schulen und der Berechtigungen die Herrschaft des Zufalls, des Vorurteils, des willkürlichen, wenn auch gut gemeinten Ermessens durch die Herrschaft verständiger Gesetze ersetzt werde“. <sup>1)</sup>

Zur Erledigung der Angelegenheiten lagen 1887 dem Landtage 3 Anträge vor. Der Abgeordnete Hermes, welcher als Vertreter der liberalen Partei die ministerielle Maßregel verurteilte, forderte ein sofortiges Eingehen auf den besonderen Fall, um zu erreichen, daß der Beschluß des Hauses von Seiten der Staatsregierung nicht etwa bloß eine wohlwollende Beantwortung, sondern in absehbarer Zeit eine tatsächliche Ausführung finde. Auch der Kommissionsantrag stand auf gleichem Standpunkt, begnügte sich indessen mit einer generellen Regelung und verlangte in erster Linie die Abänderung der bisherigen Zustände auf gesetzlichem Wege, um so indirekt den Oberrealschulen nützlich zu sein. Frhr. v. Minnigerode und v. Tiedemann dagegen wollten, daß über die im Interesse dieser Lehranstalten erhobene Beschwerde zur Tagesordnung übergegangen und nur für die Zukunft in die richtige Bahn eingelenkt werde, und dieser Antrag wurde von dem Hause angenommen. Die Wieder-

<sup>1)</sup> Vgl. in den „Erinnerungen“ die beiden im Februar und am 13. Mai 1887 gehaltenen Reden (S. 374 ff. und S. 380 ff.).



zulassung ihrer Abiturienten zum Studium des Staatsbau-fachs wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, soweit „sie eine generelle Regelung der Vorschriften über die Vorbildung für den Eintritt in den Staatsdienst befürworte“. Damit war die Sache fürs erste abgetan.

Seyffardt vertrat dagegen nach wie vor die Anschauung, daß die Bildung auf moderner Grundlage der klassischen völlig gleichzustellen sei, und er war der Überzeugung, daß das Bedürfnis sich mit unwiderstehlicher Gewalt Bahn brechen werde. Denn dieses sei im hohen Grade vorhanden, und die historische Entwicklung zeige, daß unter allen Umständen die mühsamen Errungenschaften der 9klassigen Schulen nichtgymnasialer Art viel eher auf die Konsequenz weiterer Konzessionen hinwiesen, als daß es gestattet wäre, ganz allmählich wieder zum Monopol des Gymnasiums zurückzukehren. „Noch vor 100 Jahren“, darauf stützte auch er seine Ansicht, „war Latein die Universitäts-sprache, ohne daß heute auch nur eine Menschenseele den seither eingetretenen Fortschritt rückgängig zu machen wünscht“; „in abermals 100 Jahren“, prophezeite er, „wird man unbeschadet der verminderten Geltung des Geistes des klassischen Altertums die Forderung der obligatorischen Kenntnis der alten Sprachen nicht als Voraussetzung des Studiums auf der Universität ansehen, sondern dieselbe als einen längst überwundenen Standpunkt bezeichnen“. Im Interesse der Volksbildung müßten Realgymnasium und Oberrealschule neben dem Gymnasium erhalten und gefördert werden; „wir schädigen sonst“, warnte er, „die moderne Wissenschaft, das moderne Leben, ganz besonders aber das moderne wirtschaftliche Leben unserer Nation“. Das gesamte Realschulwesen sei vor allem aus seiner „Aschenbrödelstellung“ emporzuheben; was dasselbe bedürfe, sei freie Konkurrenz, gleiches Licht und gleiche Sonne für alle Anstalten, die zu geistiger Reife und zu idealen Zielen zu erziehen hätten. Die schützende Hand, von welcher der Minister gesprochen habe, sei nur der platonischen Liebe gleichzuachten; um die nötige Stabilität für das bestehende Schulwesen zu erlangen, müsse man die Gleichwertigkeit moderner und antiker Bildungselemente zur Geltung bringen und vor allem die Berechtigungsfrage endlich auf gesetzlichem Wege ordnen. Sonst könne es nur eine Frage der Zeit sein, daß ganz ähnlich, wie bereits die Oberrealschulen herabgedrückt seien, auch das Realgymnasium behandelt und dem Realschulwesen eine dauernde tödliche Schädigung bereitet werde.

Am 17. März 1888 ergriff Seyffardt speziell auch für die angefeindeten Realgymnasien das Wort.<sup>1)</sup> Kurz vorher, am 7. März, hatte der Minister v. Gopler den Erwartungen vieler Realschulfreunde, welche eine Erweiterung der Berechtigungen zum mindesten für diese Lehranstalten erstrebten, eine schwere Enttäuschung bereitet und viel Widerspruch hervorgerufen. Er hatte ausgeführt, für ihn sei allein schon der Umstand entscheidend, daß, wenn man die Schleusen aufziehen wollte, welche die Schüler der Realgymnasien noch verhinderten, sich dem Studium der Jurisprudenz oder der Medizin zu widmen, die Zahl der Studierenden auf diesem Gebiet in ungemessener Weise vermehrt werden würde, und zum Beweis, daß diese Befürchtung nicht etwa eine übertriebene sei, hatte er sich auf die Erfahrung berufen, die man mit dem Andrang zum Studium der Mathematik, der neueren Sprachen und der Naturwissenschaften gemacht habe, seit den Realgymnasialabiturienten der Übergang zur Universität in diesen Fächern gestattet worden sei. Seyffardt sprach nun seine Verwunderung

<sup>1)</sup> Vgl. die in seinen „Erinnerungen“ S. 389 ff. angeführte Rede, sowie auch die Reden über Schulreform, welche er am 6. März 1889 (S. 407 ff.) und später 1890 hielt (S. 513 ff.)

darüber aus, daß der Kultusminister, dem man mit vollem Recht eine sachliche und vorurteilsfreie Behandlung der Unterrichtsfragen nachrühmte, seine Entscheidung in dieser hochwichtigen Angelegenheit von einer reinen Opportunitätsfrage abhängig mache, und er hielt ihm vor, er habe insofern sich selbst widerlegt, als er in demselben Atem auch eine bedenkliche Vermehrung der Medizin-Studierenden konstatiert habe. Während des gleichen Zeitraums von 1877 bis 1887 habe eine Steigerung für die Fächer, in denen die Realgymnasien zur akademischen Karriere entlassen dürften, nur um das Doppelte stattgefunden, in der Medizin dagegen, wo von einer Mitwirkung derselben doch nicht die Rede sei, eine solche um das Dreifache; es sei also der Beweis nicht geführt, daß eine Steigerung lediglich der Erteilung der Berechtigungen an die Realgymnasien zuzuschreiben sei. Eine Vermehrung derselben werde mutmaßlich nicht die Gesamtzahl der Studierenden erhöhen, sondern nur eine bessere verständigere Verteilung der Vorbereitung zu den Studien auf den beiden konkurrierenden Anstalten, Gymnasien und Realgymnasien, im Gefolge haben und zwar eine solche Verteilung, welche den Eltern die Möglichkeit gewähre, nach ihrer Überzeugung von der größeren oder geringeren Bedeutung des klassischen oder des modernen Bildungselements ihre Auswahl zu treffen. Und selbst wenn das Resultat das entgegengesetzte wäre, ginge daraus noch keineswegs die Berechtigung hervor, irgend etwas, das im allgemeinen Interesse des Unterrichts erforderlich schiene, der Befürchtung des Mißbrauchs wegen zu unterlassen; habe doch auch die Errichtung von Polytechniken und ihre über das richtige Verhältnis hinausgehende Vermehrung die Folge gehabt, eine ungemessene Zahl von jungen Leuten in die technischen Fächer überzuführen, und doch sei diese Einrichtung ein absolutes Bedürfnis der Zeit und nicht deshalb zu tadeln, weil ein Übermaß entstanden sei, welches in wenigen Jahren mit Hilfe des Einflusses von Angebot und Nachfrage Ausgleichung gefunden habe.

Nicht die Realgymnasien, behauptete er, hätten mit ihren geringen Berechtigungen einen erheblichen Anteil an dem bisherigen Zubrang zu den Universitäten, sondern der große Zuwachs, der über alles Maß hinausgehe, liege vielmehr ganz wesentlich begründet in der Überzahl der Gymnasien und diese wieder in dem Monopol derselben, welches sich sehr nachteilig erweise für alle diejenigen Berufsarten, die dem Wirtschaftsleben angehörten. Die Nichtachtung des vermeintlich banausischen Erwerbslebens verleite zahllose Schüler, bis zum Abiturienten-Examen sich hindurchzuquälen, die besser in andere Bildungswege hinüber geführt werden sollten. Daher die Übervölkerung der Universitäten; in den Privilegien der Gymnasien liege der Urgrund aller Schwierigkeiten, die in dem höheren Schulwesen beständen. Den Realgymnasien seien bisher ungeachtet ihrer hohen Ziele nur Berechtigungen zugestanden „zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben“; das einzige, aber durchschlagende Mittel gegen alle Übel im höheren Schulwesen sei darin zu finden, daß die mannigfach schönen Worte, die von Vertretern der Unterrichtsverwaltung im Abgeordnetenhaus bezüglich der Gleichwertigkeit der klassischen und der modernen Bildungselemente gesprochen seien, in Handlungen zugunsten der Realschulen umgesetzt und in allen Konsequenzen durchgeführt würden. „Die Beseitigung des Gymnasial-Monopols“, erklärte er, „und die Zulassung der Realschul-Abiturienten zu allen Fakultäten sei der allernotwendigste Schritt zur Hebung des Realschulwesens und diese letztere wieder als der wichtigste Punkt der Reformbewegung für höhere Schulen überhaupt zu befürworten“. Denn es sei die Zeit gekommen, „der unendlichen Vielseitigkeit der Ziele, die dem modernen Menschen in Wissenschaft und Leben erblüht seien, eine weniger einseitige Vorbildung, eine freie Konkurrenz in der Wahl der Bildungswege gegenüber-

zustellen". Mit aller Entschiedenheit war er für völlige Gleichstellung der Gymnasien und Realgymnasien.

Als später am 21. Mai 1890 im Abgeordnetenhaus eine Petition des Direktors Dr. Schauenburg auf der Tagesordnung stand, welche im Namen des Deutschen Allg. Realschulmännervereins Gleichberechtigung der Realgymnasien zu allen Studien und Staatsprüfungen beantragte, wurde von ihm ausdrücklich darauf hingewiesen, es handele sich nicht um eine Anfeindung der alten Sprachen als bewährter Grundlage der Jugendbildung, auch nicht um einen Kampf gegen die Gymnasien wegen ihrer angeblichen Mängel und angeblichen Ungeeignetheit als Vorbildung für manche Berufsarten, sondern einzig und allein darum, den noch bestehenden Fopf aus der Welt zu schaffen, daß den alten Sprachen und damit deren Trägern, den Gymnasien, durch das Monopol der Berechtigungen der staatliche Stempel des alleinseligmachenden Bildungsweges noch länger aufgedrückt werde; es gelte, für den jugendlichen Nachwuchs freies Feld zu schaffen zu dem Andrang weiter Kreise der Nation im Streben zum Idealen und nicht länger auf den in seiner Bedeutung darum nicht weniger anerkannten Bildungsweg der Tradition beschränkt zu sein. An Stelle des Zwangs solle Freiheit treten und endlich die Gleichwertigkeit der modernen mit den antiken Bildungselementen zur Anerkennung gebracht werden, damit aus der Freiheit der Wahl nicht nur für jeden Strebenden ein größeres Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die eigene Arbeit und für das Gemeinwohl, sondern auch eine vielseitigere Bildung gemäß den Anforderungen der neuen Zeit sich ergebe. Die Unterrichtskommission schlug damals vor, die Petition der Kgl. Staatsregierung zur „Berücksichtigung“ zu empfehlen; auf Antrag der Abgeordneten Graf und Kropatschek aber begnügte man sich damit, dieselbe nur als Material für die Enquête mit Rücksicht auf die Äußerungen des Kultusministers zu überweisen.<sup>1)</sup>

Die oben erwähnte Rede vom 17. März 1888 trug Seyffardt ein Dankestelegramm von Seiten des Realschulmänner-Vereins ein, aber der Zeitpunkt war seinen Ausführungen nicht günstig. Schon früher hatte er, wie er bemerkt, fast immer seine Aufgabe darin erkennen müssen, „die rosigten Hoffnungen der Herren Schulmänner, besonders der verdienstvollen Agitatoren Dr. Steinbart und Prof. Schmeding herabzustimmen und zur Vorsicht in Beurteilung der wenigen der Reform günstigen Kundgebungen zu mahnen“; im Frühjahr 1888 stand das Haus unter dem Druck der Katastrophe am Kaiserhof und „die Aufmerksamkeit war auf den Nullpunkt gesunken“.<sup>2)</sup> Auch später hatte er, wie er in der Einleitung zu seinen „Erinnerungen“ gesteht, das Gefühl, „bei der Abnahme des Interesses für ideale Bestrebungen, besonders auf dem Schulgebiet, trotz großer Mühewaltung nur geringe Erfolge gehabt zu haben, bis er sich entschlossen habe, der Schule auf indirektem Wege durch Förderung und Hebung der Interessen des Lehrerstandes zu dienen“.<sup>3)</sup> Immerhin lenkten die öffentlichen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Zustände des höheren Schulwesens, und der gebildeten Stände bemächtigte sich weit und breit der Zweifel, ob an den bestehenden Verhältnissen nicht vieles zu ändern und zu bessern sei. Was in dieser Beziehung zu geschehen habe, darüber herrschte noch große Meinungs-

<sup>1)</sup> Vgl. Seyffardt, „Erinnerungen“ S. 523 f.

<sup>2)</sup> Vgl. „Erinnerungen“ S. 311.

<sup>3)</sup> Nachdem er auf eine 28jährige Tätigkeit als Abgeordneter anfangs von Krefeld, seit 1885 von Magdeburg zurückzusehen konnte, erfolgte 1899 sein Austritt aus dem Parlament.

verschiedenheit und Unklarheit, doch war im Laufe der 80er Jahre die Hochachtung vor der Gymnasialbildung im allgemeinen bereits stark erschüttert und die Schulreformfrage blieb in stetem Fluß.

### 3. Neue Vereine für Reformbestrebungen.

Als Bonitz im Frühjahr 1888 in den Ruhestand trat und bald darauf, am 25. Juli desselben Jahres, starb, lag es bereits klar zu Tage, daß er mit seiner Schulorganisation 1882 nicht ein Werk von Dauer geschaffen habe. Fast in allen Kreisen der preussischen Schulwelt fehlte es an Zufriedenheit, und am wenigsten konnte ein Abschluß in der Entwicklung des Realschulwesens dadurch erreicht werden, denn das Streben nach Gleichberechtigung aller 9-stufigen Schulanstalten wurde durch die neue Ordnung erst recht hervorgerufen und gefördert. Im sicheren Besitz des ererbten Vorrangs fühlte sich zwar noch immer die Gymnasialpartei, und ein günstiger Wind von oben schwellte ihre Segel. Vom hohen Piedestal blickte der geist- und temperamentvolle Direktor des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Köln, Oskar Jäger, der als eifriger Kämpfer für humanistische Schulbildung schon an der Berliner Oktober-Konferenz 1873 teilgenommen hatte, geringschätzig auf „den dilettantischen Radikalismus der marktschreierischen Schulreformer“, auf das vielstimmige Reformgeschrei herab, welches im weiten Lager der Gegner sich geltend machte; als vages Gemurmel, meinte er, habe es begonnen, von einer Menge oberflächlicher Menschen sei es aufgenommen, von Enthusiasten und selbstfüchtigen Strebern verstärkt, von Realschulmännern für ihre Zwecke ausgebeutet, und so sei es denn gelungen, kurz nach einem siegreichen Nationalkrieg, inmitten eines rüstigen Vorwärtsschreitens in allem Wissen und Können, „der Nation den ungeheuren Bären aufzubinden, daß sie mit ihrem Schulwesen unzufrieden sei und eine rapide Umgestaltung desselben verlange“.<sup>1)</sup> Aber daß dieser Bär nicht so leichten Kaufes abzuschütteln war, dafür zeugte schon das Entstehen immer neuer Vereinigungen unter Schulmännern und Laien, welche eine Besserung der Zustände im höheren Schulwesen herbeizuführen suchten.

Wie schon angedeutet, trat vor allem der Verein deutscher Ingenieure, welcher, 1856 gegründet, sich großen Einflusses und einer vortrefflichen Organisation erfreute, entschieden für eine Umgestaltung des höheren Schulwesens ein. Sein Bestreben ging allerdings in erster Linie darauf hinaus, eine zweckmäßige Ausbildung für die zukünftigen Fachgenossen an Hoch- und Fachschulen zu erwirken,<sup>2)</sup> aber da er den Standpunkt vertrat, daß die deutschen

<sup>1)</sup> Vgl. „Das humanistische Gymnasium und die Petition um durchgreifende Schulreform“ (Wiesbaden 1889). Dagegen erklärte P. Gauer, ein nicht minder entschiedener Anhänger der klassischen Bildung: „Die Nation ist wirklich unzufrieden mit dem Schulwesen und sie hat Grund dazu“. (s. „Summ unique“ und „Unsere Erziehung durch Griechen und Römer“ (Berlin 1890).

<sup>2)</sup> Schon 1864 stellte der Verein „die Prinzipien der Organisation polytechnischer Schulen“ auf, die für die Gestaltung der Polytechniken und technischen Hochschulen von maßgebender Bedeutung wurden, und 1876 sprach er sich des näheren über „die wünschenswerte Entwicklung der deutschen technischen Hochschulen und über Staatseinrichtungen zu geeigneter Verwendung akademisch gebildeter Techniker im öffentlichen Dienst“ aus. Die Bedeutung und die Rechte der technischen Hochschulen zu erweitern, war er auch später noch unablässig bemüht. Nachdem er 1894 die Begründung von Ingenieur-Laboratorien an denselben gefordert hatte, setzte er 1895 in 9 Ansprüchen auseinander, welche Aufgaben die technischen Hochschulen zu erfüllen hätten und welche Anordnungen zu diesem Zweck zu treffen seien; 1897 sprach er sich ausführlich über die Aufnahmebedingungen an diesen Instituten aus, und in Übereinstimmung mit der Gesellschaft deutscher Naturforscher

Ingenieure „für ihre allgemeine Bildung dieselben Bedürfnisse hätten und derselben Beurteilung unterliegen wollten, wie die Vertreter der übrigen Berufszweige mit höherer wissenschaftlicher Ausbildung“, so konnte er nicht umhin, zugleich diejenigen Schulen in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen, denen es oblag, eine allgemeine wissenschaftliche Vorbildung für das Fachstudium zu liefern, und sich kritisch mit der Lehrweise der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen zu beschäftigen. Namentlich als 1886 die lateinlose Realschulbildung durch den Erlass des Ministers v. Maybach eine harte Zurücksetzung erfuhr, nahm der Verein in seinem Bericht Stellung zu der Frage des für höhere wissenschaftliche Laufbahnen vorzubereitenden Schulunterrichts und stellte demselben 5 Thesen an die Spitze, welche mit Entschiedenheit eine Schulreform für nötig erklärten. Die Überzeugung, hieß es darin, breche sich immer mehr Bahn, daß den mathematischen und naturwissenschaftlichen Bildungsmitteln eine erheblich größere Bedeutung beizumessen sei, als es bisher geschähe, und daß die Kenntnisse auf diesem Gebiet immer mehr zu einem unentbehrlichen Bestandteil allgemeiner Bildung würden. Weit entfernt daher, vor dem Betrieb der alten Sprachen auf dem humanistischen Gymnasium als einer unabänderlichen Einrichtung Halt zu machen, vertrat der Verein vielmehr die Ansicht, daß die vorwiegend sprachliche Ausbildung, welche die Mehrzahl der Abiturienten jetzt noch immer erhalte, den Ansprüchen nicht genüge, welche an die leitenden Kreise des Volks gestellt werden müßten, insbesondere nicht im Hinblick auf die steigende Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen. „Der auf der Vergangenheit, auf der Erlernung der lateinischen und griechischen Sprache beruhende und damit im wesentlichen nur auf das Studium der Philologie und Theologie zweckmäßig angeordnete Lehrplan des Gymnasiums gebe nicht eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende allgemeine Ausbildung“; den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern müsse dieselbe Bedeutung für die allgemeine Bildung zuerkannt werden, wie den sprachlich-historischen, und solange die Gymnasien noch in so großer Anzahl und in vielen Orten als die einzigen höheren Schulen bestehen blieben, sei der Unterricht in den alten Sprachen an diesen Anstalten einzuschränken zugunsten einer zeitgemäßen Umgestaltung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts. Höheren Anforderungen auf diesem Gebiet entsprächen allerdings die Realgymnasien und Oberrealschulen, aber in Preußen seien diese Institute noch in ihrer Entwicklung gehemmt und nicht imstande, ihre volle Leistungsfähigkeit zu entfalten, so lange ihnen für die anschließenden Hochschulstudien nicht die gleichen Berechtigungen zuteil würden, wie den Gymnasien. Um den Bedürfnissen der Gegenwart und Zukunft allseitig zu genügen, müßten alle 3 Arten von Schulen in ihren Berechtigungen gleichgestellt werden, doch sei dafür Sorge zu tragen,

und Ärzte, welche 1901 in Hamburg, 1903 in Kassel, 1905 in Meran, 1906 in Stuttgart Kundgebungen in gleichem Sinne über die höheren Schulen erließen, setzte er auch, nachdem die Gleichberechtigung aller Volkshochschulen anerkannt war, seine Bestrebungen fort, stellte z. B. die Forderung auf, daß den technischen Hochschulen ein entsprechender Anteil an der Oberlehrerprüfung in Mathematik, Physik und Chemie eingeräumt, daß ihnen das Recht der Doktor-Promotion zuerkannt würde usw. Daneben widmete er den technischen Mittelschulen und Werkmeisterschulen von jeher ein lebhaftes Interesse. Namentlich 1890 rief er durch seinen Bericht die preussischen Maschinenbauerschulen, wie sie jetzt bestehen, ins Leben und schuf damit zugleich ein Vorbild für die übrigen technischen Mittelschulen in Deutschland. Eingehende Verhandlungen wurden auch später noch in den Jahren 1895—97 über die Werkmeisterschulen gepflogen und die Ergebnisse derselben den deutschen Staatsregierungen unterbreitet. (Vgl. besonders die Denkschrift des Vereins von 1907: „Ausprüche über Hochschulen und Unterrichtsfragen“, unterzeichnet von Dr. A. Slaby als Vorsitzendem, O. Taaks als Vertreter desselben und dem Direktor Th. Peters. (Berlin, A. W. Schade).

daß der Übergang zu einem Studium auch von einer solchen Schule, für welche sie nicht die besonders geeignete Vorbildung gewähre, ermöglicht werde. „Der Lehrplan der höheren Schulen“, lautete daher der Ausspruch 2, „ist so zu gestalten, daß dieselben bis zu einer möglichst vorgerückten Stufe allen Schülern eine gleiche, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Ausbildung geben und erst möglichst spät diejenige Trennung des Unterrichts eintreten lassen, welche die Vorbereitung für die besondere Fachbildung erforderlich macht“. Der Verein faßte also einen gemeinsamen Unterbau und in den oberen Klassen eine Teilung des Unterrichts ins Auge, wie sie die sogenannten Reformschulen zu verwirklichen suchten.

Um denjenigen gegenüber, welche unentwegt auf dem Boden der klassischen Bildung beharrten, tieferes Verständnis für die Anforderungen der wirtschaftlichen Berufskreise im Volk zu erwecken und die Wichtigkeit lateinloser Schulen zur Anerkennung zu bringen, trat in der Reformbewegung vor allem ein Mann hervor, der als Autorität auf technischem Gebiet schon 1883 vom Kultusminister zu Beratungen zugezogen war, um Lehrpläne für Fachschulen und eine Prüfungsordnung für dieselben festzustellen: der Direktor der egl. höheren Maschinenbauschule und der mit Fachklassen verbundenen Realschule zu Hagen i. W., Prof. Dr. Gust. Holz Müller. Im Kampf um die Schulreform verstand er es scharf die verschiedenen Richtungen zu charakterisieren und suchte für die moderne Schulbildung eifrig und erfolgreich Propaganda zu machen. Zu diesem Zweck gab er zusammen mit Dr. Georg Weidner in Hamburg 1889 eine besondere „Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen“ heraus, und auf sein Betreiben entstand 1890 ein Verein zur Förderung der Interessen solcher Anstalten, in welchem er selbst den Vorsitz führte. In rühriger und geschickter Agitation wurde auf die Unentbehrlichkeit lateinloser Realschulen für den höheren Bürgerstand nachdrücklich hingewiesen und die weitere Verbreitung derselben, die ja auch von dem Unterrichtsminister v. Goßler lebhaft begünstigt wurde, als ein wesentlicher Fortschritt in dem preussischen Schulwesen gerühmt. Auch gelang es ihm, als er zur Schulkonferenz im Dezember desselben Jahres berufen wurde, ausnahmslos die Thesen, die er stellte, zur Annahme zu bringen und die Überzeugung zu erwecken, daß bei der unumgänglich notwendigen Neuregelung des Berechtigungswesens der realistischen Bildung eine möglichst gleiche Wertschätzung mit der humanistischen zuteil werden müsse.<sup>1)</sup>

Den Bestrebungen des Realschulmänner-Vereins sich anzuschließen, lag allerdings für Freunde lateinloser Schulen im Grunde genommen fern, und viele gaben, wenn man zwischen lateinreibenden Lehranstalten zu wählen hatte, dem alten Gymnasium den Vorzug. Auch stand so lange es ganz außerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu liegen schien, daß lateinlose Schulen den Zugang zur Universität beanspruchen könnten, die Gymnasialpartei der Ausbreitung und Entwicklung einer Schulart, die für die gewerbetreibenden Stände ein Bedürfnis

<sup>1)</sup> Klar legte Holz Müller seinen Standpunkt besonders in seinen Schriften dar: „Errichtet lateinlose Schulen!“ und „Der Kampf um die Schulreform und seine neuesten Phasen“ (2. Aufl. Hagen 1890). Auch für die „Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen“, welche G. Weidner bis 1894 redigierte, übernahm er von da an selbst die Redaktion. Der Verein, den er ins Leben rief, wirkte unter Hinkmann's Leitung für die Rechte der lateinlosen Schulen weiter, und wenngleich alle theoretischen Auseinandersetzungen und Anforderungen zunächst noch keinen wesentlichen Erfolg hatten, so haben sie doch unzweifelhaft dazu beigetragen, daß 1891 und 1892 auch derartigen Schulen ein größeres Maß von Berechtigungen zuteil wurde. 1897 mußte Holz Müller (geb. 1844 zu Merseburg) leider eines Gehörleidens wegen pensioniert werden; Weidner wurde 1898 Direktor der Deutschen Schule in Johannesburg (Südafrika).

sei, im allgemeinen ungleich wohlwollender gegenüber, als den anspruchsvollen Realgymnasien. In ihnen witterte man nicht Konkurrenzanstalten, und es war anzunehmen, daß sie der Vorherrschaft der Gymnasien nicht wesentlich Abbruch tun würden. Indessen die Erfahrung, welche das Jahr 1886 den Oberrealschulen brachte, rief doch die Überzeugung wach, daß die Interessen des Realschulwesens gemeinsame seien, und viele, die früher das Realgymnasium als eine entartete Realschule angesehen hatten, wurden geneigt, als Bundesgenossen den Männern beizutreten, die mit Energie und Zähigkeit der humanistischen Bildungsweise ihre unberechtigten Vorrechte streitig machten. Mehr und mehr kam der Gedanke zum Durchbruch, daß, wenn man in dem Kampf um die Berechtigungen einen dauernden Zustand schaffen wolle, nicht eine willkürliche Teilung derselben angängig sei, sondern daß für alle drei Vollanstalten volle Gleichberechtigung durchgeführt werden müsse.

Groß war dagegen von jeher die Zahl derer, welche den im höheren Schulwesen eingerissenen Dualismus für erforderlich hielten, und in einer Zeit, die von konfessionellen und wirtschaftlichen Kämpfen erfüllt war, hoffte man, von nationalem Interesse geleitet, wenigstens die schädliche und Aergernis erregende Spaltung in den Anschauungen über Jugendziehung beseitigen und für die leitenden Klassen des Volks eine einheitliche Bildung und gleiche Weltanschauung erhalten zu können. Anstatt des zwiespältigen Gymnasialwesens, welches in der Scheidung von Gymnasium und Realgymnasium sich herausgebildet hatte, suchte man immer von neuem eine Einheitschule in der Gestalt eines modernisierten Einheitsgymnasiums zu konstruieren, ähnlich wie dereinst schon Joh. Schulze und später auch Bonitz ein solches herzustellen bestrebt gewesen waren. Alle Fächer, auf welche beide Lehranstalten besonderes Gewicht legten, sollten beibehalten werden, vor allem auch die Pflege des Griechischen, denn mit der Preisgabe desselben, davon war man überzeugt, würde die deutsche Bildung ihre Univerſität und ihre Tiefe einbüßen, und der didaktische Wert der griechischen Literatur, sowie der Reichtum und die Feinheit dieser Sprache stehe zu hoch, als daß der Gebildete sie entbehren dürfe. Ihm zugunsten könne der Lateinbetrieb wesentlich eingeschränkt werden, ohne daß er aufhöre, im Mittelpunkt des fremdsprachlichen Unterrichts zu stehen; lasse man nur den Aufsatz sowie das Lateinsprechen als Klassenziel fallen, und lege man anstelle des grammatischen Paukens das Hauptgewicht auf die Lektüre, von der gar manches überdies als „für unsere Zeit nicht mehr angemessen oder vom pädagogischen Standpunkt aus sogar bedenklich“ auszuschneiden sei, so könne die Stundenzahl in den oberen Klassen unbedenklich vermindert werden. In der „unzureichenden Berücksichtigung des klassischen Altertums und damit einer der wichtigsten Grundlagen der modernen und unserer deutschen Kultur“ liege die Schwäche des Realgymnasiums; als Vorzüge desselben wurden aber anerkannt „eine wirksame Pflege des Auges, eine reichere Entwicklung des Beobachtungsvermögens und eine stärkere Hervorhebung der neueren Sprachen“, und diese Vorzüge müsse die höhere Einheitschule sich aneignen, ohne die bewährte Grundlage des Humangymnasiums, insbesondere ohne die Pflege des Griechischen zu gefährden.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Der grammatische Unterricht, welcher vorwiegend ein induktiver sein müsse, sollte sich auf das Wichtigste und Gebräuchlichste beschränken. Im Mittelpunkt des Unterrichts habe von früh an die Lektüre zu stehen, und damit der Lesestoff ethisch wertvoll und zugleich für die grammatisch-stilistische Bildung der Schüler anschiebig und gehaltvoll sei, müsse derselbe in den drei unteren Klassen anfangs ein vorwiegend sagengeschichtlicher, dann aufsteigend ein biographisch-geschichtlicher aus dem griechischen und römischen Altertum

Was durch Verminderung der Lateinstunden an Zeit gewonnen werde, das könne dann den modernen Bildungsfächern zugute kommen. Neben Französisch sollte auch Englisch mindestens von Untersekunda an obligatorisch getrieben werden, da nicht bloß die Stellung dieser Sprache als der heutigen Weltsprache, sondern auch die Bedeutung der englischen Literatur für die moderne Kulturentwicklung gebührende Berücksichtigung fordere; vor allem aber sollte Deutsch ausgiebig gepflegt und eine ausreichende Stundenzahl ihm besonders in den oberen Klassen zuerteilt werden. Auch auf Mathematik und Naturkunde müsse mehr Zeit in allen Klassen verwandt und vornehmlich das Zeichnen obligatorisch über die Quarta hinaus mindestens bis zur Sekunda hinauf in je 2 wöchentlichen Lehrstunden getrieben werden, damit Auge und Beobachtungsgabe schärfer als bisher gebildet werde. Wohl stand solchen Plänen wieder drohend das alte Gespenst der Überbürdungsfrage im Wege, aber man hoffte, wenn nur Herbart's didaktische Grundsätze auf die höheren Schulen angewandt würden, wenn eine bessere theoretische und praktische Vorbildung der Lehrer, eine rationelle Methode, ein induktives Lehrverfahren und anregender Anschauungsunterricht zur Geltung käme und unter Ausschcheidung alles Fachwissenschaftlichen nur das Typische herausgehoben und immer an das Nächstliegende angeknüpft, wenn durch Konzentration des Unterrichts Zusammenhang und fruchtbare Verknüpfung der Einzelfächer durchgeführt werde, so würden alle Gefahren der Überlastung vermieden und das erwünschte Ziel erreicht werden, ein geschichtliches Verständnis der Gegenwart mehr als in der bisherigen Schulpraxis anzubahnen.

Ein Programm, welches die bestehenden Gegensätze im Gymnasialwesen heben wollte, fand selbst unter den Anhängern des alten Gymnasiums Beifall und wurde als ein jegensreicher Weg begrüßt, um die Einheit der nationalen Bildung zu wahren. Gelang eine Reform des Gymnasiums, welche in jeder Beziehung den vielseitigen Bedürfnissen der Neuzeit sich anpaßte und die alte Bildungsanstalt geschickt machte, nach allen Richtungen hin eine angemessene und ausreichende Grundlage für alle zu bieten, welche eine höhere wissenschaftliche Bildung suchten, dann war das moderne Realgymnasium überflüssig; die beiden rivalisierenden Lehranstalten konnten, wenn ihre beiderseitigen Vorzüge zur Geltung gebracht wurden, zu einer höheren Einheitschule verschmolzen werden, und diese schien fähig, für alle Zweige des akademischen Studiums einheitlich vorzubereiten. Neben ihr war dann höchstens noch eine zweite Gattung von höheren Schulen nötig, die lateinlose Realschule, welche die Vorbildung für die technischen Fächer zu übernehmen hätte.

sein, und erst von Tertia an kämen die großen römischen Historiker zur Verwendung, während die Poesie bei der Lektüre hinter der Prosa zurücktrete. Anstatt der bisherigen Übungen im Lateinsprechen genügten Metroversionen, lateinische Wiedergabe des Inhalts aus den Schriftstellern nach der Übersetzung und in mäßigem Umfang Beantwortung von Fragen des Lehrers im Anschluß an den gelesenen Text, um Sicherheit und Freudigkeit im Erlernen der Sprache zu fördern; sonst aber habe an die Stelle des lateinischen Aufsatzes und des Lateinsprechens überall die Muttersprache einzutreten, und wenn dann ein Vergleich der Eigentümlichkeiten beider Sprachen in Wortschatz und Satzbau von früh auf planmäßig bei der Lektüre, sowie auch in Übersetzungen aus dem Deutschen ins Lateinische geübt werde, so diene solche Übung dem klaren Verständnis und sicheren Gebrauch der Muttersprache und bewirke eine vortreffliche logische Schulung. Auf diesem Wege glaubte man den Lateinunterricht so weit einschränken zu können, daß die Stundenzahl für Tertia auf 7, für Sekunda und Prima auf je 6 wöchentlich herabzusetzen sei; ja bei der Vorliebe für das Griechische fehlte es nicht an Stimmen, welche eine Zeit voraussehen zu können glaubten, wo das Latein ganz aus der deutschen Schule verschwinde (vgl. Schriften des Deutsch. Einheitschulvereins, herausgegeben von Hornemann II, 105, sowie den Artikel desselben über den „Einheitschulverein“ in Rein's encyclop. Handb. der Pädagogik (2. Aufl. Band II, S. 335 ff.).



Die erste Anregung, einen Verein zu gründen, welcher die Verwirklichung einer solchen Einheitschule sich zum Ziel seines Strebens mache, ging von Professor Dr. Koschwitz in Greifswald aus, und die Idee wurde lebhaft ergriffen von dem Oberlehrer Ferdinand Hornemann in Hannover, welcher, früher am dortigen Realgymnasium tätig, seit 1878 am Lyzeum daselbst wirkte und an der Schulreformbewegung der 80er Jahre eifrig Anteil nahm. Namhafte Schulmänner und Universitätsprofessoren, die denselben Gedanken verfolgten, schlossen sich ihm an und gaben durch hervorragende Tüchtigkeit dem Unternehmen eine erhöhte Bedeutung, darunter der Direktor Dr. D. Fricke, welcher in Burg bei Magdeburg bereits das Realgymnasium in ein Gymnasium umgewandelt hatte und seit 1880 die Francke'sche Stiftung in Halle leitete; darunter ferner der Gymnasialdirektor und Professor der Pädagogik Dr. Herm. Schiller in Gießen, der Professor der Pädagogik Dr. W. Klein in Jena, ein Hauptvertreter der Ziller'schen Unterrichtstheorie, ferner der Professor Dr. Gust. Uhlig in Heidelberg, ein Vorkämpfer des humanistischen Gymnasiums, welcher als Direktor des Lyzeums daselbst mit pädagogischen Vorlesungen eine rege Schultätigkeit verband, darunter der Direktor des Gymnasium Carolino-Alexandrinum in Jena, Dr. Gust. Richter, der Direktor des Lyzeums in Karlsruhe, Dr. Gust. Wendt, der Mathematiker und Naturwissenschaftler Lothar Meyer u. a. Daß dagegen die Vertreter des Realschulmänner-Vereins, welche für den Fortbestand des Realgymnasiums ihre Lanze brachen, einem Plan nicht zustimmten, welcher auf Einverleibung desselben in das Einheitsgymnasium und Beseitigung der mühsam erkämpften Sonderexistenz hinauslief, war sehr begreiflich, und Hornemann machte ihnen zum Vorwurf, daß sie nicht nur „mit großer Schroffheit und mit agitatorischem Geschick“ die Idee von vornherein bekämpften, sondern auch den Versuch gemacht hätten, die Begründung des Vereins zu vereiteln.<sup>1)</sup> Nachdem aber bereits 1885 in Hannover eine konstituierende Versammlung gehalten war, wurde am 6. Oktober 1886 von ca. 20 Männern ein „Deutscher Einheitschulverein“ daselbst ins Leben gerufen, der Hornemann zum Schriftführer wählte und sich in kurzer Zeit auf etwas über 100 Mitglieder erweiterte, darunter auch Professoren der technischen Hochschule, sowie Männer des praktischen Lebens. Unter den aufgestellten Satzungen wurde als Zweck des Vereins angenommen, an Stelle des Gymnasiums und des Realgymnasiums für die innere Berechtigung einer die wesentlichen Vorzüge beider vereinigenden Einheitschule einzutreten, welche unter Beibehaltung des Griechischen geeignet sei, „als allgemeine Vorbildungsschule für alle Berufe mit wissenschaftlicher Vorbildung zu dienen“, und, um auf die Herbeiführung einer solchen hinzuwirken, stellte man sich die Aufgabe, „einen entsprechenden Lehrplan auszubilden und an der Verbesserung der Lehrweise zu arbeiten, sowie durch Behandlung einschlägiger Fragen in Wort und Schrift eine Klärung der Ansichten über eine solche Einheitschule, insbesondere auch über ihr Verhältnis zu dem sogenannten Berechtigungswesen herbeizuführen“. In den folgenden Jahren wurden 3 Hauptverhandlungen abgehalten, die erste zu Halle am 13./14. April 1887, eine zweite zu Kassel am 4./5. April 1888 und eine dritte zu Jena am 23./24. April 1889, wo von bedeutenden Männern die wichtigsten Fragen erörtert wurden, Vorträge, die dann in besonderen „Schriften des deutschen Einheitschulvereins“ weitere Verbreitung fanden.<sup>2)</sup> Für die in Aussicht genommene Reform hielt man nur eine ver-

<sup>1)</sup> Vgl. Mitteilung an den Allg. Deutschen Realschulverein X, S. 370.

<sup>2)</sup> Berichte von Hornemann über die konstituierende Versammlung, sowie über die drei Hauptversammlungen finden sich im Pädagog. Archiv 1886 (Heft 8), 1887 (Heft 1) und 1888—89. Von den

hältnismäßig geringe Änderung in der Verteilung der Lehrstunden an die Unterrichtsfächer für erforderlich, und die Richtung dafür sah man bereits in den Gymnasien des Großherzogtums Baden, sowie der Provinz Hannover angegeben. Durch Gründung von pädagogischen Seminarien suchten manche Direktoren überdies eine bessere Lehrerbildung, die Vorbedingung zur Ausführung ihrer Ideen, praktisch zu erreichen.<sup>1)</sup>

Die Frage nach der Durchführbarkeit dieses Einheitschulgedankens stieß indessen von Anfang an auf starke Zweifel, und das nationale Interesse, welches auch ihm nicht abzusprechen war, suchte daher noch nach anderen Formen, welche einerseits die Verschiedenheit der höheren Bildungsinteressen berücksichtigen und doch zugleich andererseits eine Einheit der Allgemeinbildung für die unteren Klassen herstellen sollte. Von der Notwendigkeit einer deutsch-nationalen Jugenderziehung war seit langer Zeit schon viel die Rede, und radikaler Gesinnte meinten, eine solche sei lediglich zu erreichen wenn nicht durch völlige Verdrängung, so doch durch wesentliche Beschränkung der klassischen Sprachen im Schulunterricht. Unter

Schriften des Deutschen Einheitschulvereins seien hier erwähnt:

- Heft 1: Fricke, Die Möglichkeit der höheren Einheitschule (1887),  
Lothar Meyer, Die Mathematik und die Naturwissenschaften in der Einheitschule,  
Hornemann, Die Pflege des Auges und der Anschauung,  
Heft 2: Hornemann, Die Zukunft unserer höheren Schulen,  
Heft 3: Hornemann, Gedanken und Vorschläge zu einer Parallelgrammatik der 5 Schul-  
sprachen (Sonderabdruck 1888),  
Heft 4: Hornemann, Der gegenwärtige Stand der Einheitschulbewegung,  
Barthhausen, Betrachtungen über das Verhältnis der höheren Einheitschulen zur  
technischen Hochschule (Vorträge in Kassel 1888),  
Heussner, Das Lateinische in der Einheitschule,  
Heft 5: Richter, Das höhere bürgerliche Schulwesen in seiner geschichtlichen Entwicklung,  
Rein, Der Zeichenunterricht im Gymnasium (Vorträge in Jena 1889),  
Heft 6: Lothar Meyer, Die Reform der höheren Schulen,  
Hornemann, Einheitschulbestrebungen in Italien,  
Heft 7: Zuling, Das Gymnasium mit 10jährigem Kursus.

In Heft 1, 4 und 5 findet sich als Anhang auch eine Bibliographie der Einheitschule. Vgl. außerdem Rein, „Am Ende der Schulreform?“ (Langensalza, Herm. Beyer & Söhne) und „Pädagogik in systematischer Darstellung“ (ebendaf. 1902), sowie den Artikel von Hornemann über den „Einheitschulverein“ in Rein's encyclopädi. Handbuch der Pädagogik (Band II, S. 335 ff.) und über „Parallelgrammatik“ (Band VI, S. 553—590); ferner Schriften von Fricke: „Inwieweit sind die Herbart-Ziller-Stoy'schen didaktischen Grundsätze für den Unterricht an den höheren Schulen zu verwerten?“ (Vortrag 1879) und „Die Einheit der Schule“ (1884), Schiller, „Hausarbeit und Schularbeit“ (1891) usw.

<sup>1)</sup> Aus diesem Bestreben ging, angeregt von Gustav Richter, die von D. Fricke 1884 begründete pädagogische Zeitschrift: „Lehrproben und Lehrgänge aus der Praxis der Gymnasien und der Realschulen“ hervor, die nach Fricke's Tode († 1892) noch von seinem Nachfolger Direktor Dr. W. Fries weiter herausgegeben wurde, sowie auch Herm. Schiller's „Handbuch der praktischen Pädagogik“ (1886). Fricke selbst ließ an seiner Anstalt das einst berühmte Francke'sche Seminarium praeceptorum 1881 wieder aufleben; ebenso wurde Schiller in Gießen Direktor eines neu errichteten Seminars (vgl. seine Schrift „Pädagog. Seminare für das höhere Schulamt“ (1890)), und vor allem leitete Prof. Rein in Jena ein viel besuchtes pädagogisches Universitätsseminar mit einer Übungsschule, die im wesentlichen nach Ziller'schem Lehrplan arbeitete. Daneben verband mit seiner Direktorialtätigkeit Gustav Richter in Jena die Leitung eines nach seinen Vorschlägen zur praktischen Vorbildung der Kandidaten des höheren Schulamts eingerichteten Gymnasialseminars seit 1891, und ebenso entwickelte am Lyceum in Heidelberg Prof. Uhlig, welcher die Schultätigkeit als Hauptaufgabe seines Lebens betrachtete, neben pädagogischen Vorlesungen auch eine rege seminaristische Tätigkeit, bestehend in Unterrichtsübungen und Disputationen.

der Vorherrschaft der modernen naturwissenschaftlichen Weltanschauung werde es Zeit, „die deutsche Volksseele auch aus dem Bann der Ausländerei zu befreien, welche Jahrhunderte lang für Zuwachs und Veredelung unserer eigenen Kraft ausgegeben, in Wahrheit aber ein taubes Reis an unserm Baume stets gewesen sei und immer bleiben werde“. Für die Erlernung der alten Sprachen sei es ausreichend, wenn der Unterricht darin erst in den oberen Klassen höherer Schulen seinen Anfang nehme, damit in den unteren Raum bleibe für moderne Sprachen und reales Wissen; vor allem aber müsse deutsche Sprache, deutsche Literatur, deutsche Geschichte allbeherrschend im Mittelpunkt der deutschen Jugendbildung stehen.<sup>1)</sup> Werde der alte Ballast aus den Unter- und Mittelklassen der höheren Schulen entfernt und durch gute deutsche Ladung ersetzt, dann sei es möglich, das gesamte Schulwesen, welches an bedenklicher Zersplitterung leide, einheitlich zu organisieren. Auf dem Fundament der Volksschule, welche die naturgemäße Grundlage für die gesamte Volksbildung sei, habe sich eine lateinlose 6-stufige Mittelschule aufzubauen, die für alle diejenigen, welche mit der Berechtigung zum einjährigen Heeresdienst die Schule verließen, eine gleiche, für das praktische Leben brauchbare Vorbildung gewähre, und erst auf der Oberstufe, etwa von Obersekunda an, habe dann, den verschiedenen höheren Bildungsinteressen entsprechend, eine Spaltung in einzelne Zweige einzutreten, welche die Lehrziele eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule verfolgten. Auf diese Weise hoffte man, obwohl die Ausführung des Plans noch sehr nebelhaft war und zu den mannigfachsten Vorschlägen und Bedenken Anlaß gab, alle allgemein bildenden, niederen wie höheren Schulen in einem Gesamtorganismus zusammenfassen zu können, welcher zugleich für alle Schichten des Volkslebens die denkbar möglichste Einheitlichkeit der Vorbildung verbürge.

Als Wortführer dieses Verlangens nach einer „sozialen Gesundung Deutschlands“, einer „geistigen Wiedereinsetzung der Volksseele“ durch eine tief eingreifende Schulreform trat der rührige Redakteur der vielgelesenen „Täglichen Rundschau“, Dr. Friedr. Lange in Berlin, hervor. Schon 1886 machte er in einem Artikel dieser Zeitschrift seinem Unwillen über die humanistische Verfeuchung der deutschen Literatur und Wissenschaft Luft. „Selbst nicht ein Goethe“, prophezeite er, „viel weniger ein Wilh. v. Humboldt oder gar irgend ein Generalpächter des abgezogenen Wissens, ein Herrscher des Katheders wird nach 20 Jahren den Deutschen aufreden können, daß in der Vermählung des klassischen mit dem deutschen Geist Gegenwart und Zukunft der deutschen Literatur beschlossen liege“,<sup>2)</sup> und im Frühling

<sup>1)</sup> Daß der Geschichtsunterricht sich bis in die neueste Zeit erstrecken müsse, beschlossen schon 1879 einstimmig die Direktoren-Konferenzen von Hannover und Pommern, und ebenso erklärte dies dann 1881 die Konferenz der Rheinprovinz, 1882 die von Schlesien, 1884 nochmals die der Rheinlande, 1885 die von Posen, 1886 die von Sachsen und Schleswig-Holstein für unbedingt erforderlich. Gesetzeskraft erlangten darauf diese Beschlüsse durch die Ministerial-Verfügung vom 30. April 1887. Ebenso wurde an der Verbesserung der Lehrpläne und der Lehrmethode des deutschen Unterrichts unablässig gearbeitet. Die Hauptpunkte der sog. neuen Methode enthält außer zahllosen Programmen die Pädagogik von Schrader und von Schiller; viel Material bieten auch Methwisch's Jahresberichte über den höh'eren Unterricht, die Verhandlungen auf den einzelnen Direktoren-Konferenzen (bis 1890 bereits 34 Bände), die 25 Bände der Friedl'schen Lehrproben, Göring's neue deutsche Schule usw., doch werden oft die Hauptpunkte durch aufgebauichte Nebendinge in den Schatten gestellt.

<sup>2)</sup> Charakteristisch für seine Anschauungen ist auch der etwas gewagte Satz: „Iphigene und Tasso und die säuselnde Hexameter-Mnatur von Hermann und Dorothea werden mit all ihren Schönheiten in der Abteilung „Geschichtliches“ als Mumien Unterkunft finden zur besonderen Verehrung, wenn es beliebt, der „Goethe-Spezialisten“.

des folgenden Jahres (1887) glaubte er, daß, nachdem über die mangelhaften Schulzustände lange genug hin- und herdebattiert worden sei, die Zeit gekommen wäre, zur tatsächlichen Durchführung einer gründlichen Reform des höheren Schulwesens zu schreiten und agitatorisch für ein nationales Bedürfnis aufzutreten. Zu diesem Zweck setzte er sich mit dem Geschäftsausschuß der „akademischen Vereinigung für deutsche Schulreform“ zu Berlin in Verbindung, und nachdem der Landtagsabgeordnete v. Schenkendorff einen eingehenden Vortrag über die Schulfrage gehalten hatte, wurde der Beschluß gefaßt, durch eine Massenpetition den Unterrichtsminister v. Gofler zur Berufung einer Schulreform-Konferenz anzuregen. Zusammen mit dem Direktor Dr. Theod. Peters, dem energischen Generalsekretär und Leiter des Vereins deutscher Ingenieure, sowie mit dem Sanitätsrat Ernst Küster in Berlin wurde dann ein „Geschäftsausschuß für deutsche Schulreform“ gebildet, nach eingehenden Beratungen der Wortlaut der Eingabe festgesetzt und in der „Täglichen Rundschau“ zur Zustimmung durch Unterschriften aufgefordert. In dem Schriftstück wurden die Übelstände der bestehenden Einrichtungen aufgedeckt und auf Grund derselben an den Minister die Bitte gerichtet, „aus berufenen Kreisen Gutachten und Vorschläge einzuholen, sowie mit geeigneten Personen und Vertretern von Körperschaften, welche inmitten des heutigen Lebens ständen, in Beratung zu treten“. Bestimmte Reformvorschläge wurden noch nicht gemacht, und wohl gerade deshalb hatte der Aufruf einen über Erwarten großen Erfolg. Nicht allein Mitglieder des Real- und Schulmänner-Vereins und des Verbandes deutscher Ingenieure traten dem Unternehmen bei, sondern aus allen Kreisen des gebildeten Publikums, namentlich aus dem Leserkreis der „Täglichen Rundschau“, nahezu 70 Prozent akademisch Gebildeter erklärten ihre Zustimmung. Bis zum Frühjahr des nächsten Jahres 1888 waren über 23000 Unterschriften, darunter eine Menge von Professoren, Geistlichen, Juristen und nicht weniger als 1437 Ärzten gesammelt.<sup>1)</sup> Auch an den Reichskanzler Fürsten Bismarck richtete man eine besondere Zuschrift mit der Bitte um Unterstützung, und in dieser wurden die Wünsche der Petenten und die Ziele der Bewegung schon klarer und deutlicher dargelegt.<sup>2)</sup>

In scharfen Gegensatz zu so radikalen Reformversuchen stellte sich von Anfang an der hannoversche Einheitschulverein, welcher unter Führung Dr. Frick's und Hornemann's die Beschränkung des altklassischen Unterrichts auf eine Oberstufe für durchaus ungenügend

<sup>1)</sup> Die Eingabe des Geschäftsausschusses für deutsche Schulreform an den Unterrichtsminister v. Gofler (Berlin, 3. Februar 1888), unterzeichnet von Konrad Küster, Friedr. Lange, Th. Peters, G. v. Schenkendorff, findet sich gedruckt im Pädagog. Archiv 1888, S. 257 ff.; die Eingabe des Vereins für Schulreform (gez. von Dr. Friedr. Lange und Th. Peters) an denselben vom 3. Okt. 1889 findet sich in den Mitteilungen des Ver. für Schulreform Nr. 2 vom 17. Okt. 1889 (S. 6—14). Im Abgeordnetenhaus wies auch Seyffardt in einer Rede über Schulreform am 6. März 1889 auf diese Massenpetition hin. Die Beteiligten erklärte er, hätten nicht als Mitglieder einzelner Berufe, sondern als für die Zukunft ihrer Söhne besorgte Väter die Bitte an den Minister unterstützt. „Mancher unter den Unterzeichnern“, gab er zu, „mag mit jeder einzelnen Redewendung, mit jeder begründeten Ausführung der Verfasser nicht einverstanden sein, aber sie begrüßten es dankbar, daß einige wenige Namen aus der schwerfälligen Masse der Schulinteressenten heraus die Anregung gegeben, um den Wünschen, die im bürgerlichen Leben von Mund zu Mund gehen und in der Literatur immer eindringlicher betont werden, auch einmal vor der höchsten Schulautorität unseres Landes und vor der großen Öffentlichkeit das Wort zu reden“ (vgl. f. „Erinnerungen“ S. 408).

<sup>2)</sup> Die Eingabe an den Fürsten-Reichskanzler, unterzeichnet vom Geschäftsausschuß für deutsche Schulreform (Peters, Küster, Lange, v. Schenkendorff) ist aus der „Tägl. Rundschau“ (1888 Nr. 238) abgedruckt im Pädagog. Archiv 1889 (S. 98 ff.).

hielt; vor allem aber rief der große Erfolg, den die Lange'sche Petition aufzuweisen hatte, eine Gegendemonstration aus den Kreisen der Gymnasialpartei hervor, und schon im Juli 1888 erfolgte eine Erklärung einiger Professoren in Heidelberg, welche, hauptsächlich durch die Bemühungen des Professors und Gymnasialdirektors Dr. Uhlig daselbst, eines Hauptverfechters humanistischer Bildung, zustande gebracht, dem bestehenden Gymnasium Anerkennung und volles Vertrauen der Unterzeichner aussprechen sollte.<sup>1)</sup> Im Interesse der deutschen Wissenschaft und des deutschen Idealismus forderte man, daß an den Grundzügen des gymnasialen Lehrplans, insbesondere auch an der Beschäftigung mit griechischer Sprache und Literatur festgehalten werde, denn „die deutsche Nation habe allen Grund, für das, was durch die deutschen Gymnasien erreicht worden sei und erreicht werde, dankbar zu sein“. Zugleich richtete sich der Angriff gegen das Ideal der Realschulmänner, das Realgymnasium, welches Halbbildung befördere und dessen Zulassung zur Universitätsvorbildung, so beschränkt sie auch immer noch war, als ein verhängnisvoller Fehlgriß betrachtet wurde. Die Heidelberger Erklärung brachte es im ganzen auf 4241 Unterschriften, unter denen etwa 500 von den vorhandenen 1500 deutschen Universitätsprofessoren vertreten waren, doch stellte ihr alsbald ein begeisterter Naturforscher, der fast gewohnheitsmäßig sich in Klagen über den ungesunden und einseitigen Betrieb der alten Sprachen erging, der Physiologe Geh. Hofrat Dr. C. Ludwig in Leipzig eine Gegenerklärung gegenüber, welche, von etwa 400 Professoren unterzeichnet, die Gymnasialbildung für das Studium der Medizin und Naturwissenschaften als wenig geeignet bezeichnete.<sup>2)</sup>

Am 3. Oktober 1888 wurde die Massenpetition Lange's dem Kultusminister überreicht, und da die Angelegenheit auch im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kam, konnte dieser am 6. März 1889 nicht umhin, der Volksvertretung gegenüber in einer längeren Rede zu den Interpellationen Stellung zu nehmen. Er versprach die Einberufung einer Enquête-Kommission, in welcher „die streitenden Parteien gleichmäßig zu Wort kommen sollten“; am Schluß seiner Rede aber bekannte er sich offen zu den Anschauungen und Grundsätzen der Gymnasialpartei, die an ihm stets einen starken Rückhalt gefunden hatte. Mit eindrucksvollen Worten hob er hervor, welchen Schatz das deutsche Volk an dem bestehenden höheren Schulwesen besitze, und endigte unter lautem Beifall aller konservativ Gesinnten: „Es würde ein Unglück für die Nation sein, wenn man frühzeitig, ohne die sichersten und reichsten Erfahrungen, an den festesten Grundlagen rütteln wollte, auf welchen das humanistische Gymnasium erwachsen ist.“<sup>3)</sup> Eine solche Erklärung von maßgebender Stelle her war für

<sup>1)</sup> Vgl. Uhlig, Die Heidelberger Erklärung inbetreff der humanistischen Gymnasien Deutschlands nebst den bis Dezember 1888 eingelaufenen Unterschriften und einem Vorwort (Heidelberg 1888, Winter).

<sup>2)</sup> Erklärung von Professoren und Dozenten der Universität Leipzig (Okt. 1890), abgedruckt im Humanist. Gymnasium 1890, S. 81.

<sup>3)</sup> Die ablehnende Haltung des Ministers gegen durchgreifende Reformen rief mehrere lezenswerte Schriften hervor, so z. B.: Adolf Matthias, Die Masseneingabe für durchgreifende Schulreform (1888), in der „Allg. konserv. Monatschr. 1888, IV, wieder abgedruckt in Matthias, „Aus Schule, Unterricht und Erziehung“ (gesammelte Aufsätze, München 1901, Beck), S. 16 ff., sowie Schmeling, „Die Bedenken des Herrn Ministers v. Goßler gegen die Aufhebung des Gymnasial-Monopols“ (Braunschweig 1890), B e r h a h n, „Die höhere Bürgerschule und ihre Bedeutung für die zu erstrebende Reform des höheren Schulwesens“ (Hannover-Linden 1890) u. a. — Im Abgeordnetenhaus sprach Seyffardt am 20. März 1890 öffentlich seine Verwunderung aus über die „lebhafteste Guldigung“ des Ministers für die humanistischen Gymnasien, die „dem Herzen und dem Verständnis desselben zwar alle Ehre mache“, aber im Anschluß an seine Mitteilungen über die lateinischen Schulen und sein Zugeständnis über die „verkümmerte und verkrüppelte Bildung“ vieler

die Reformfreunde nicht gerade ermutigend, aber Fr. Lange ruhte nicht. Im Bunde mit seinen Gesinnungsgenossen rief er kurz darauf, am 4 Apr. 1889, einen Verein für Schulreform ins Leben, der bald 2500 Mitglieder zählte, und gab zugleich als Vereinsorgan eine eigene „Zeitschrift für die Reform der höheren Schulen“ heraus, welche seine Idee, einen gemeinsamen Unterbau für alle 9klassigen Lehranstalten zu schaffen, energisch verfocht und das altklassische Element aus dem Jugendunterricht mehr und mehr zu verdrängen trachtete.<sup>1)</sup> Doch mußte er als Bannerträger sehr bald die Erfahrung machen, daß bei der Neugestaltung der Reformschule nicht alle seine Satelliten seiner Idee zu folgen gedachten.

Schon auf der konstituierenden Versammlung (4. April 1889), in welcher der Lange'sche Verein für Schulreform sich bildete, trennte sich eine Partei, welche, mit der Beschränkung des Vereinsziels auf Herstellung eines einheitlichen Unterbaus nicht zufrieden, eine weit durchgreifendere Reform für nötig hielt. An der Spitze derselben stand der Schriftsteller Dr. Hugo Göring in Berlin, welcher als Lehrer an der Oberrealschule zu Basel, an der Universität daselbst sich zugleich als Dozent für Philosophie und Pädagogik habilitiert, 1882 aber seine Ämter niedergelegt hatte, um auf jahrelangen Studienreisen in Skandinavien, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Italien fremdes Schulwesen kennen zu lernen und durch Vorträge und schriftstellerische Arbeiten für eine neue deutsche Schule einzutreten, in deren Verwirklichung er seine Lebensaufgabe erblickte. Getreu dem Programm, welches er in einer besonderen Schrift, betitelt: „Die neue deutsche Schule, ein Weg zur Verwirklichung vaterländischer Erziehung“ (1890), ausführlich entwarf, begründete er im Gegensatz zu Lange's Bestrebungen bereits am 15. April desselben Jahres einen zweiten Reformverein in Berlin, „den Allgemeinen deutschen Verein für Schulreform“, und schuf sich ein eigenes Organ in der Zeitschrift: „Die neue deutsche Schule“, welche, von Göring selbst geleitet, einige Jahre in Leipzig bei Grieben erschien. Die Zahl der Mitglieder stieg in kurzer Zeit auf etwa 1500, und bedeutende Männer, wie Professor Freyer, welcher den Vorsitz im Verein führte, sowie Geh. Rat Gsmarch, der Schulrat Bauer, der Gymnasialdirektor Schmelzer u. a. beteiligten sich an der Herausgabe des Blattes.

Schüler doch den Eindruck machen mußte, als ob „Der Uebergang von dem Gedanken zur rettenden Tat von des Gedankens Blässe angekränkt sei.“ Nicht ein einziges Wort sei gefallen über die Maßregeln, die er in Aussicht stellen wollte, um das in allen wirtschaftlichen Kreisen gehegte Bedürfnis zu befriedigen, ihrer Bildung eine bessere Ausbildung fürs Leben zu geben. „Auffallend sei es, wenn der Minister die Notwendigkeit der lateinlosen Schulen anerkenne und mit einer Verherrlichung der humanistischen Gymnasien schlechte; man könne sehr wohl von der hohen Bedeutung der Gymnasien für die „herrschenden Klassen“ durchdringen und doch der Ansicht sein, daß andere Anstalten, die den Interessen der nicht herrschenden Klassen entsprächen, die Gleichberechtigung erhielten.“ (Vgl. seine „Erinnerungen“ S. 517).

<sup>1)</sup> Fr. Lange leitete die Herausgabe der Zeitschrift bis 1902, dann trat Prof. E. Luz an seine Stelle. Andererseits aber ruhte auch Uhlrig nicht. Als die Schulkonferenz in Aussicht stand, welche die schwebenden Streitfragen schlichten sollte, gründete auch er im Juni 1890 eine Zeitschrift: „Das humanistische Gymnasium“, und in Berlin wurde ein Gymnasialverein gebildet, welcher in jährlichen Versammlungen die Verteidigung der humanistischen Schulbildung fortführen und den Kampf gegen ihre Widersacher „mit allen Mitteln der Offensive und Defensiv“ aufnehmen sollte. Diesem Verein traten nicht bloß hervorragende Pädagogen wie die Gymnasialdirektoren Paul Cauer in Düsseldorf, Oskar Jäger in Köln, Otto Kämmer in Leipzig, Wilhelm Kübler und Oskar Weisensfels in Berlin, sowie der Kurator der Universität Halle, Wilhelm Schrader, bei, sondern auch Koryphäen der deutschen Wissenschaft wie Theod. Mommsen, Heinr. v. Treitschke, Eduard Zeller, Theobald Ziegler zc.; auch der Abgeordnete Herm. Kropatschek schloß sich den Vertretern der klassischen Schulbildung an.

Die Frage der Überbürdung, welche schon vom Minister 1882 als Tatsache angenommen sei und deren Folgen in „geistiger Überbürdung“, „Frühreise“ und „blasiertem Wesen“ bei der Jugend hervorträten, war auch für Göring der Grund zur Teilnahme an der Schulreform-Bewegung. Im letzten Menschenalter habe der höhere Unterricht sich zu „einer zusammenhangslosen Übermittlung von bruchstückartigen Wissenschaftsobjekten, von Auszügen aus allen möglichen Spezialfächern der Wissenschaft an die Jugend“ entwickelt; das bloße Wissen werde überschätzt und eine Massenanhäufung von Wissen als erstrebenswert erachtet, woraus Einseitigkeit in der geistigen Entwicklung des Menschen entstehe, denn „die Bevorzugung des Verstandes und Gedächtnisses lenke das Bewußtsein von den vielseitigen Aufgaben des Lebens ab, hemme die Entwicklung des religiösen Gefühls, stumpfe das Gemüt ab, lähme den Willen und verschleierte die Sinne“. Ein unmethodischer Unterricht werde am Gymnasium erteilt, wo „ein Wissenssystem unverbunden mit dem anderen dem Knaben eingepägt, ihn zu naturwidrigen Vorstellungssprüngen zwingt und seine Geistesinteressen zersplittere“, und während diese Schule wenigstens noch den Vorzug habe, daß sie 2 Fächer, die beiden klassischen Sprachen, gründlich betreibe, treffe jener Vorwurf fast noch mehr die Realanstalten, insbesondere das Realgymnasium, welches „noch mehr Spezialitäten der Wissenschaft unmittelbar neben einander stelle und die den jugendlichen Geistesinteressen zuwiderlaufende Zwangsarbeit häufe“. „Das Phrasengewebe selbstgefälliger Schönredner von der Vortrefflichkeit unserer Schule sei jetzt aber durchschnitten“, erklärte Dr. Göring, und er machte es sich zur Aufgabe, das Bild einer neuen Schule zu entwerfen, in welcher, wie im Gymnasium, nur mit ganz anderen Erziehungsmitteln und ganz anderen Bildungsfächern „wissenschaftliche Bildung erzielt, religiöse Gesinnung gepflegt, nationaler Sinn geweckt, der Charakter entwickelt und der Körper durch täglich neue Übungen gestählt werde“.

Sein Programm war das einer „deutschen Lebensschule“. In der Überzeugung, daß jedes Kind von früh an auf der breitesten Grundlage der Erfahrung und Anschauung in die heutige Bildungswelt eingeführt, daß auf dieser Basis des wirklichen und gegenwärtigen Lebens alle seine Kräfte gleichmäßig zur Entfaltung gebracht und sein Geist für die Aufnahme aller Kulturarbeit der Neuzeit empfänglich gemacht werden müsse, daß an dasselbe „alle die Maßnahmen herantreten müßten, welche zu einer gesunden Entwicklung der Sinne, der Muskeln, der Nerven und des Gehirns führten“, nahm er als Normalmaß des theoretischen Unterrichts täglich nur 4 Vormittagsstunden an, häusliche Arbeiten kamen ganz in Wegfall und die Nachmittage waren außer Singen, Zeichnen, Handarbeiten im Garten nebst Landarbeit und Viehzucht, die er als eine wichtige Beschäftigung der Jugend betrachtete, vor allem der körperlichen Tätigkeit gewidmet und wurden ausgefüllt mit Waffen- und Militärübungen aller Art, mit Turnen und Jugendspielen, Schwimmen oder Eislauf, Rudern, Segeln, Radfahren, Reiten usw. Aus solchen praktischen Beschäftigungen, sowie aus dem Besuch von industriellen Unternehmungen, Werkstätten, Verkehrseinrichtungen habe der theoretische Unterricht, welcher durchweg auf dem Prinzip der Anschauung beruhe, zu erwachsen, und als Bildungstoff wurde nur solcher eingeführt, der, „von den Forschern der letzten 30 Jahre geliefert“, durch das nationale Leben und den Aufschwung des deutschen Vaterlandes zur Geltung gebracht sei. Mittelpunkt des Unterrichts sei daher Deutsch, und an die Deutschstunden, die wenigstens 6 Stunden wöchentlich zu umfassen hätten, könne sich die Behandlung einzelner Realfächer in Form der Lektüre knüpfen; von den fremden Sprachen müsse das Englische früher betrieben werden als das Französische, denn uns Deutschen stände es näher und sei überdies

Weltsprache, was das letztere nie gewesen sei und nie werden werde; die altklassischen Sprachen dagegen seien nur in den obersten Klassen zu lehren, und da das Griechische höheren Wert habe als das Lateinische, so wurden in der neuen deutschen Schule dafür 4, für das Lateinische gar nur 3 Jahre bestimmt; Lehrziel sei auch nur Verständnis der Odyssee und des Livius, da die Werke der griechischen und römischen Klassiker in Übersetzungen gelesen würden, auch eine Darstellung der alten Geschichte, sowie der Kultur- und Kunstgeschichte daran sich anschließe und die Erlernung der alten Sprachen bloß für künftige Theologen und Philologen nötig sei. Die gesamte Ausbildung der Jugend wurde überhaupt in 3 Stufen gegliedert. Auf der untersten, welche die Knaben vom 6. bis 14. Lebensjahr umfaßte, sollte hauptsächlich für Handwerk und Landwirtschaft vorgebildet werden; daran knüpfte sich dann eine zweite, welche bis zum 16. Lebensjahr reiche und einen Durchgang für technische Berufsarten, für den Kaufmannsstand und die Militärschulen bilde, daher die diesen Bildungskreisen nächstliegenden und wichtigsten Bildungstoffe betone, zugleich aber auch einen Blick auf eine abgerundete allgemeine Bildung verschaffe. Erst auf der dritten Stufe dagegen beginne die Vorbereitung für den gelehrten Beruf. Diese dehne sich aus bis zum 20. Lebensjahr und habe außer in Religion, Naturwissenschaften, Mathematik, neuester Geschichte in deutsche Literatur-, Kunst- und Kulturgeschichte, sowie auch durch ein Lesebuch in Arbeiten unserer Klassiker der Naturwissenschaft (Helmholz, Dubois-Reymond, Henle, Czermak, Preyer etc.) einzuführen, während englische und französische Lektüre fortgesetzt und auch Italienisch wenigstens fakultativ gelehrt werde.

Auf diese Weise sollte die neue deutsche Schule die Jugend von einem langjährigen Apdruock befreien, und Dr. Göring erhoffte von der Betonung der allgemeinen Grundzüge seines Plans nicht nur eine Förderung der heutigen Pädagogik, sondern auch eine neue Ära im deutschen Schulwesen. Der Durchgang durch alle 3 Stufen sollte überdies es dahin bringen, daß die künftigen Studierenden, sowie die Vertreter der höheren Bildung zunächst mit dem praktischen Leben vertraut gemacht würden, und damit sollte die „Einseitigkeit des geistigen Lebens, die Verkümmernng der sinnlichen Anschauung, des gesamten Willens und des Gemütslebens verhütet werden“. „Der künftige Verwaltungsbeamte“, schreibt er, „der Richter, Geistliche, Arzt, Lehrer, Forscher, Gelehrte soll den Bauern-, Handwerks- und Kaufmannsstand mit der dem jugendlichen Alter entspringenden Intensivität und mit praktischem Interesse durchgearbeitet und durchlebt haben“; zugleich stellte er in Aussicht, daß „die Erziehung zur Freude an der Arbeit die Jugend vor sozialdemokratischen Ideen bewahren, sie an militärische Zucht gewöhnen und das Volk in größerem Umfang wehrfähig machen werde“.

Unzweifelhaft verdienen manche Bestrebungen, die der Verein verfolgte, volle Anerkennung, so die Erhebung des Deutschen in den Mittelpunkt des Unterrichts, die Fürsorge für die körperliche Ausbildung der Jugend, die Reformen auf dem Gebiet der Lehrerbildung, des Prüfungswesens, der Unterrichtsverwaltung, sowie die Forderung der Gleichberechtigung der Realschulen mit dem Gymnasium, welche er als nächste Vorbedingung zu einer gründlichen Umgestaltung des Schulwesens betrachtete. Die praktische Durchführung seiner Ideen aber stieß von Anfang an auf schwere Zweifel, und Dr. Göring setzte selbst ein höheres Maß von methodischem Geschick der Lehrenden voraus, wenn sie die erwünschten Erfolge erzielen wollten. „Wer das Studium der Methodik vernachlässigt hat“, sprach er auf der Dezember-Konferenz, „kann über meine Forderungen nicht urteilen; aber eine geistige Elite steht mir



zur Seite, und ihr zustimmendes Urteil ermutigt mich, auf meinem Weg weiter zu gehen". Er selbst behauptete, jeden Satz seines Plans auf die Probe der Praxis gestellt zu haben; „ich habe“, versicherte er, „12 Jahre lang an öffentlichen höheren Schulen unterrichtet, die theoretische Grundlage meiner Auffassung nicht zum geringsten Teil aus einem 8 semestrigen Studium der Medizin gewonnen und die letzten 8 Jahre darauf verwendet, theoretisch und praktisch nochmals durcharbeiten, was ich gefordert habe“. Namentlich hinsichtlich des altsprachlichen Unterrichts rühmte er sich, als er in Leipzig und Basel junge Leute, welche das Realgymnasium vorher besucht hatten und im Alter von 16–20 Jahren für das Abiturienten-Examen im Griechischen sich vorbereiten wollten, solcher Lehrerfolge, daß sie schon nach 1 Jahr die Odyssee verstanden, nach 3 Jahren die Antigone des Sophocles mit Klarheit erfaßten und mit Wärme in den Inhalt eingedrungen seien.<sup>1)</sup> Indessen riefen seine utopischen Reformpläne doch allorts Kopfschütteln hervor; was er als neue deutsche Schule konstruierte, konnte vielleicht als ein Privatinstitut bestehen, welches, in gesunder Gegend auf dem Lande gelegen, eines hinreichend großen Garten- und Landgebietes sich erfreute und in einem Internat eine beschränkte Anzahl von Zöglingen nach methodischen Grundsätzen in Freiheit dressierte, aber eine allgemeine Anwendung auf das höhere Schulwesen war ausgeschlossen. Der Verein schmolz denn auch bald auf ca. 100 Mitglieder zusammen, und ein Versuch zur praktischen Durchführung seiner Idee ist nie gemacht.

Nicht ganz so phantastisch, aber immerhin radikal genug war ein Reformplan, den ein anderer Privatgelehrter vertrat, der als Schriftsteller und Forschungsreisender bekannte Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde, Dr. Paul Güßfeldt in Berlin. Auch er glaubte bei der Neugestaltung des höheren Schulwesens seine Stimme erheben zu müssen und veröffentlichte, was er über Schulreform für dringend notwendig hielt, zunächst in einer Abhandlung der „Deutschen Rundschau“ 1890, dann in besonderer Schrift über „Die Erziehung der deutschen Jugend“, denn auch ihm erschien die Lehrweise der bestehenden Gymnasien durchaus nicht in rosigem Licht. „Unsere griechischen und lateinischen Unterrichtsstunden“, schrieb er, „gleichem einem Gastmahl auf dem Theater; es ist alles da, Gläser und Pokale, die Bedecke sind gelegt, die Tischgenossen ergeben sich einem fiktiven Frohsinn; nichts fehlt — bis auf die Speisen und den Wein. Die Jugend aber will den Wein und nicht den Becher . . . Der humanistischen Bildung hätte sie sich gern hingegeben; die humanistische Abrichtung widersteht ihr; daher die Trauer und der Zorn“. Es sind die alten Klagen über die grammatikalische Abrichtung, welche die Jugend geistig verhungern lasse, und daran knüpfen sich übertriebene Beschuldigungen über den „Gözendienst mit Kenntnissen“, dem geistige und körperliche Gesundheit geopfert werde, sowie besonders über das blasse, kränkliche Aussehen der Schüler, welche unter der Last der Schularbeit verkümmerten.

Dieser dunklen Rehrseite gegenüber steht dann die neue Idealschule, von der er die Umrisse in schnellen Strichen entwirft. Im allgemeinen soll dieselbe aus dem Gymnasium hervorgehen und beide alte Sprachen beibehalten, aber es genüge, durch Lektüre in die Denkweise des Altertums eingeführt zu werden, und dies lasse sich mit Hilfe deutscher Übersetzungen

<sup>1)</sup> Vgl. in den „Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts“ (Berlin 1891) die von Dr. Göring auf der Dezember-Konferenz gehaltenen Reden (S. 139 ff. und 447 f.), sowie „Das höhere Schulwesen Deutschlands am Anfang des 20. Jahrhunderts“ von Prof. Dr. Hugo Müller (Stuttgart 1904 S. 21 ff.).

leicht erreichen; der grammatische Formalismus dagegen sei zu verwerfen, und Grammatik in den alten Sprachen sei nur soweit nötig, daß die alten Autoren nach der deutschen Übersetzung richtig verstanden werden könnten. Wer mehr brauche, möge Weiterbildung auf der Hochschule suchen. Das eigentliche Hauptmittel zu bewußter Einführung in den eigenartigen Organismus sprachlicher Regeln und Gesetze bietet nach seinem Urteil das Französische, doch müßten auch hier durch Beispiele, nicht durch Paragraphen der Grammatik die Regeln zum Verständnis gebracht werden, und der Lehrer, von dem zu erwarten sei, daß er selber die Sprache völlig beherrsche, müsse die Schüler vor allen Dingen zum Sprechen anleiten. Vom Englischen dagegen brauchten nur die ersten Grundlagen gelegt und das weitere könne späterer Fortbildung überlassen werden. Der Mittelpunkt des wissenschaftlichen Unterrichts aber ist auch für Güßfeldt das Deutsche. „Der deutsche Aufsatz“, schreibt er, „soll den Maßstab abgeben nicht nur für die intellektuelle Bildung, sondern für die menschliche Entwicklung der Schüler überhaupt“, und er fordert, daß Fertigkeit im Reden aufs eifrigste in allen Lehrfächern geübt und erzielt werde. Besondere grammatische Schulung sei auch hier entbehrlich, nur eine verständige praktische Übung erforderlich. Hoher Wert wird außerdem noch der Mathematik zuerkannt, denn durch sie sei eine strenge naturgemäße Schärfung des Verstandes, wie in der Naturkunde von früh an die notwendige Pflege der Anschauung und Beobachtung zu erstreben. Eine begeisterte Vaterlandsliebe daneben zu erwecken, sei Aufgabe vornehmlich des Geschichtsunterrichts; in ethischer Hinsicht habe man es in der Schule nur mit allgemein gültiger Moral zu tun, und der eigentliche Religionsunterricht sei den Geistlichen zu überlassen.

Da es aber auf eine „harmonische Ausbildung der Jugend“ ankomme, welche kräftige, gesunde, lebensfrohe und schaffenslustige Menschen liefere, so dringt auch er neben den geistigen Arbeiten vornehmlich auf leibliche Übungen und Jugendspiele zur Pflege des Körpers und stellt als Muster die englischen day-schools hin, welche für die Schule den ganzen Tag in Anspruch nähmen. Dementsprechend denkt er sich die künftige Idealanstalt ebenfalls als eine Art Internat, welches die Jugend des Tages über fortwährend in seinen Räumen vereinige, sodas selbst die Mahlzeiten daselbst gemeinsam eingenommen und die Knaben der Familie erst am Abend, abgesehen von Sonntagen und Ferienzeiten, überlassen würden, in der Schule aber abwechselnd im Klassenzimmer und im Freien, vor allem in der Turn- oder Schwimmhalle, in Werkstätten, auf Ausflügen immer neue Beschäftigung und Belehrung erhalten. Daß solche Neueinrichtungen erhebliche Kosten erfordern würden, macht ihm nicht viel Sorge; auf den Einwand, woher die Mittel zu solchen allseitig ausgestatteten Erziehungsanstalten genommen werden sollten, antwortet er leicht hin: „Aus dem Besitzstand des deutschen Volkes. Wir werden eben in Zukunft 2 Armeen zu halten haben, eine Armee mit Kasernen und eine mit Schulhäusern“.

Das ganze blendende Gemälde des geistreichen Mannes, welches neben idealistischen Paradoxien und gewagten Übertreibungen doch viel beherzigendes aufwies, wurde von konservativ gesinnten Gymnasialfreunden nur als ein neuer Wegweiser zu oberflächlicher Jugendbildung betrachtet und, da seine Ausführungen zum Teil einer Karikaturzeichnung bestehender Verhältnisse glichen, auch ein Verständnis für das, was in einer Schule erreichbar sei, vermissen ließen, so wurde er von vielen nicht für ernst genommen. Zunächst übte der Göttinger Orientalist Paul de Lagarde scharfe Kritik an dem Aufsatz und charakterisierte den-

selben als einen, der „mit Schnellzugshast“ geschrieben sei;<sup>1)</sup> vor allem aber wurden, als Beratungen über Reformen des höheren Unterrichtswesens in Sicht waren, 69 Professoren und Dozenten der Universität Halle bei dem preußischen Kultusminister in einer öffentlichen Erklärung vorstellig gegen die ausschweifenden Reformgelüste der damaligen Zeit, um zugleich auf die starke Erregung und Verwirrung der öffentlichen Meinung aufklärend einzuwirken. Damit die Studierenden fortan nicht in zweierlei Bildungsklassen zerfielen, für die ein einheitlicher Unterricht nicht mehr möglich wäre, wurde von ihnen aufs neue eine einheitliche Vorbildung für die *universitas literarum* als notwendig betont, und diese könne nur die historisch-klassische sein, wie sie das Gymnasium biete, denn die moderne Bildung und Wissenschaft, welche, wie die gesamte Kulturentwicklung der letzten 4 Jahrhunderte, an dem Humanismus, der Beschäftigung mit dem klassischen Altertum, ihre Grundlage habe, lasse sich ohne die unausbleibliche Folge der Verflachung von dieser ihrer Wurzel nicht lösen; nur eine solche Vorbildung gewähre, abgesehen von den für die verschiedenen Fächer in verschiedenem Maße nötigen positiven Vorkenntnissen, diejenige idealistische und methodische Schulung, welche zur eigentümlichen wissenschaftlichen Geistesarbeit, im Unterschied von den niederen Stufen des Lernens, befähige, und jede Beeinträchtigung des Charakters der deutschen Gymnasien als den spezifischen Träger dieser historisch-klassischen Vorbildung, jede wesentliche Verkürzung der klassischen und historischen Bildungsmittel zugunsten moderner und realistischer würde daher auf die Universitätsstudien und damit zugleich auf das geistige Gesamtleben des deutschen Volkes von unheilvollen Folgen sein. Eine Anzahl akademischer Lehrer, namentlich solche an technischen Hochschulen, wiederholte zwar im Gegensatz dazu, daß die Gymnasialbildung für die höheren Studien der mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Berufssphäre nicht ausreiche, die Mehrzahl aller deutschen Universitätsprofessoren aber schloß sich dem Hauptinhalt jener Erklärung an. Dennoch erregte Gießfeldt's Artikel, warmblütig, geistvoll und anregend geschrieben, wie er war, ungewöhnliches Aufsehen, zumal da nicht bloß bekannt war, daß der Verfasser dem jungen Kaiser Wilhelm II. persönlich nahe stehe, sondern auch das Gerücht umging, der Kaiser habe von dem Inhalt des Aufsatzes vor seinem Erscheinen Kenntnis genommen und seine Veröffentlichung gebilligt. Man schloß daraus, daß jener die Ansichten seines Vertrauensmannes teile.

In der Tat hegte Kaiser Wilhelm II. für die Schulreformfrage lebhaftes Interesse. Als Kronprinz hatte er, um durch Gymnasialbildung eine harmonische Ausbildung seiner Geisteskräfte zu erlangen und mit den Gebildeten seines Volkes eine gleiche wissenschaftliche Vorbildung zu erhalten, auf den Rat und unter der Leitung seines Erziehers, des Geheimrats Dr. Hinzpeter, das musterhafte Gymnasium zu Kassel besucht und vom Herbst 1874 an bis zur Absolvierung der Reifeprüfung, die er im Januar 1877 bestand, mit dem Pflichtgefühl eines Hohenzollernprinzen und mit Einsetzung aller seiner Kräfte den Aufgaben der

<sup>1)</sup> Vgl. seine Rezension: „Über die von Herrn P. Gießfeldt vorgeschlagene Reorganisation unserer Gymnasien“ (Göttingen 1890, Dieterich), sowie Herm. Kropatschek, „Die Erziehung der deutschen Jugend, ein Beitrag zur Charakteristik moderner Schulreformer“ (Brandenburg a. S. 1890), C. Conradt, „Dilettantentum, Lehrerschaft und Verwaltung in unserm höheren Schulwesen“ (Wiesbaden 1890, Kunze), H. v. Treitschke, „Die Zukunft des deutschen Gymnasiums“ (Leipzig 1890, Strzel), auch O. Jäger, „Das humanistische Gymnasium und die Petition um durchgreifende Schulreform“ (Wiesbaden 1889, Kunze) und als Antwort darauf: O. Berthes, „Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung des Schulwesens“ (Gotha 1890, F. A. Berthes).

Schule sich gewidmet. Da aber zu diesen noch unabweisbare Anforderungen an seine hohe Stellung, sowie die Vorbereitung auf seinen fürstlichen Beruf hinzukamen, so mag er wohl nicht selten unter einem Übermaß von Pflichten gelitten haben; jedenfalls ließ er schon als Prinz gelegentlich Äußerungen fallen, die bei aller Pietät gegen seine Lehrer ihn doch als einen Gegner der antikifizierenden Schulbildung und als einen Gesinnungsgenossen pädagogischer Schulreformer erscheinen ließen.<sup>1)</sup> Nachdem er 1888 den Thron bestiegen hatte, entsprach es seinem impulsiven, temperamentvollen Charakter, auch in die „machtvolle Bewegung, welche auf dem Gebiet des Unterrichtswesens ganz Deutschland ergriffen hatte“, entscheidend einzugreifen, und namentlich von dem Wunsch erfüllt, durch eine richtige Jugendziehung ein wirksames Mittel gegen die staatsgefährliche Ausbreitung der Sozialdemokratie und ihrer sozialistisch-kommunistischen Umsturzideen zu erhalten, beschloß er, eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Umgestaltung und Besserung des höheren Schulwesens in die Wege zu leiten und damit einem Reformbedürfnis entgegenzukommen, welches, von Jahr zu Jahr sich steigend, immer lauter und leidenschaftlicher selbst in nicht fachmännischen Kreisen, in der Presse, in parlamentarischen Versammlungen, in Vereinen zu Wort gekommen war. In einem Streit, in dem an Forderungen und Vorschlägen „jede Nuance von den radikalsten Auffassungen bis zu den konservativsten hin“ in verwirrender Menge hervorgetreten war, hatte das Unterrichtsministerium noch immer gezögert, dauernde Entscheidungen zu treffen, und namentlich den Ansprüchen der Realschulpartei gegenüber es der Zukunft, oder vielmehr den Ratschlüssen städtischer Verwaltungen anheimstellen zu können geglaubt, ob das Real- schulwesen weiteren Boden fassen, ob insbesondere das Realgymnasium auf die Dauer sich im Vertrauen des Publikums behaupten werde. Aber seit die veränderte Weltstellung Preußens und Deutschlands den Blick erweiterte, war auch den höchsten Kreisen „die Frage auf die Lippen gelegt“, ob die deutsche Erziehungsweise „noch genau in denselben Bahnen sich bewegen könne, wie früher, wo Deutschland mehr ein in sich gefehrtes, ein einsames Denkerleben führendes Volk war“. „Jetzt“, erklärte der Minister v. Goßler, „wo unsere Augen erweitert sind, wo unsere Blicke sich richten auf alle Nationen, wo wir Kolonien vor unseren Augen haben: überall haben wir den Eindruck, daß wir vielleicht den Zaun, der bisher unser Unterrichtswesen umschlossen hielt, in dieser oder jener Weise durchbrechen müssen“,<sup>2)</sup> und bei der „eminent politischen Bedeutung“, welche das preussische Schulwesen als ein einigendes Band innerhalb der deutschen Staaten gewonnen habe, müsse die Frage vornehmlich in Berlin zum Austrag gebracht werden. „Nach Preußen haben sich“, erklärte er weiter, „die übrigen Staaten gerichtet; mit Preußen haben die übrigen deutschen Staaten

<sup>1)</sup> Dahin gehört z. B. ein jüngst veröffentlichter Brief an den Amtsrichter Hartwich in Düsseldorf aus dem Jahre 1885; ein System, welches die Geschichte des Altertums bis in die unwichtigsten Einzelheiten darbot, die Geschichte der Neuzeit aber so vernachlässigte, daß man von den Schlachten des 7jährigen Krieges oder gar der Feldzüge 1866 und 1870 nichts erfahre, wird von dem 26 jährigen Prinzen auf das nachdrücklichste verurteilt. Auch nach seiner Thronbesteigung nahm der junge Kaiser bei Erwiederung von Ansprüchen und in Audienzen mit Vorliebe Gelegenheit, auf die Wichtigkeit der vaterländischen Geschichte für die Jugend hinzuweisen und vor einseitiger Pflege abstrakter Gelehrsamkeit zu warnen; so z. B., als er im Sept. 1889 die Vertreter der Universität Göttingen in Hannover empfing.

<sup>2)</sup> Vgl. in den Verhandlungen der Dezember-Konferenz die Eröffnungsrede des Ministers am 4. Dez. 1890. (Verh. über Fragen des höheren Unterrichts (Berlin, 1891, S. 68 f.).

Verträge geschlossen über Lehrerbefähigung und Reisezeugnisse; <sup>1)</sup> die Reichsgesetzgebung hat sich der Vorschriften bemächtigt für Mediziner und Juristen, die preußische Gesetzgebung für Theologen und für Lehrer; kurzum auf allen Gebieten hat sich ein Band geschlossen zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten“. Es galt daher für die preußische Unterrichtsverwaltung, auch in dieser wichtigen Angelegenheit führend mit der Fahne voranzugehen.

Eröffnet wurde das Unternehmen durch eine wichtige Urkunde, welche, wie später bekannt wurde, die preußische Regierung längere Zeit beschäftigt hatte, die Allerhöchste Kabinettsordre vom 1. Mai 1889, welche, an das Staatsministerium gerichtet, diesem den Auftrag erteilte, dafür Sorge zu tragen, daß das höhere Schulwesen durch Verinnerlichung des Religionsunterrichts, sowie durch Erweiterung des Geschichtsunterrichts bis auf die Neuzeit und Einführung in ihre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unter Beschränkung des überwiegenden Memorierstoffes nutzbar gemacht werde, um auch für seinen Teil in dem Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie mitzuwirken. Nachdem dann das preußische Ministerium in einer Sitzung am 27. August 1889 sich über die königlichen Wünsche schlüssig gemacht hatte, erfolgte zugleich mit der Veröffentlichung der Kabinettsordre auch die Bekanntmachung der vereinbarten Vorschläge und Anweisungen, welche vom Kaiser am 30. August genehmigt und vom gesamten Ministerium unterzeichnet, für das höhere Schulwesen Preußens fortan maßgebend werden sollten.

Daneben richtete sich die Aufmerksamkeit des Kaisers vornehmlich auf die militärische Erziehung im Kadettenkorps, und am 13. Februar 1890 erschien eine neue Kabinettsordre über die Lehraufgaben desselben an den Generalinspekteur des Militärerziehungs- und Bildungswesens, welcher den vom Kaiser Wilhelm I. angeordneten Lehrplan der Realgymnasien daselbst unangefochten bestehen ließ, aber eine weitere Ausgestaltung und Vertiefung der bisher üblichen Lehrweise vorschrieb. Der wissenschaftliche Lehrplan, hieß es auch hier, stelle zu weitgehende Anforderungen an eine große Anzahl von Zöglingen; es sei daher jede entbehrliche Einzelheit auszuscheiden und der Memorierstoff gründlich zu sichten, um der Überbürdung zu wehren; insbesondere müsse der Geschichtsunterricht mehr als bisher das Verständnis für die Gegenwart, namentlich für die Stellung des deutschen Vaterlandes in derselben vorbereiten. Die alte Geschichte, sowie die des Mittelalters sei demgemäß vornehmlich nur in dem Sinn zu lehren, daß die Schüler durch Beispiele für Heldentum und historische Größe empfänglich gemacht würden und eine Anschauung von den Wurzeln und der Entwicklung unserer Kultur gewönnen; die deutsche Geschichte, vor allem die der neueren und neuesten Zeit sei ihr gegenüber weit stärker zu betonen und bis in die Neuzeit fortzuführen. Zum Mittelpunkt des ganzen Unterrichts wurde das Deutsche gemacht. Neben der Sagen- und Kulturwelt des klassischen Altertums sei ganz besondere Berücksichtigung den germanischen Sagen, sowie den vaterländischen Stoffen und Schriftwerken zuzuwenden, daneben aber auch mit dem geistigen Leben der anderen wichtigen Kulturvölker der Gegenwart durch Einführung in einzelne Meisterwerke ihrer Literatur bekannt zu machen. Im Unterricht der neueren Fremdsprachen sei von Anfang an zum praktischen Gebrauch der Sprachen anzuregen und anzuleiten.

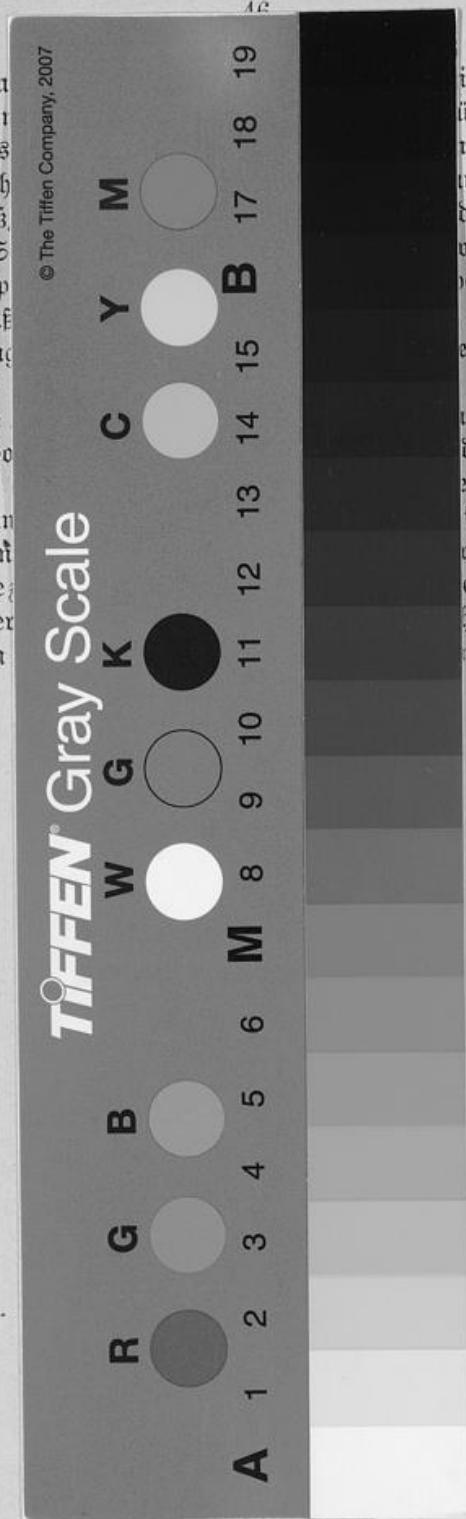
<sup>1)</sup> Erst 1889 war eine Vereinbarung der deutschen Regierungen über gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse auch der Realgymnasien getroffen worden.

Bald darauf wurde auch für die höhere Zivilbildung eine Neugestaltung der Schulpläne in Angriff genommen. Die gleichen Grundsätze, wie für die wissenschaftliche Ausbildung der Kadettenkorps, stellte bereits eine Kabinettsordre vom 1. März 1890 auch für eine neue Organisation des höheren Schulwesens überhaupt auf, doch wurde auf Vorschlag des Kultusministers genehmigt, daß, bevor bindende Beschlüsse gefaßt würden, „die größten Gegner im Kampf um die höhere Schule in einer Enquête-Versammlung vereinigt werden sollten, um unter gegenseitiger Aussprache gewisse einheitliche Linien zu finden“. Zugleich wurde in der richtigen Erkenntnis, daß die beabsichtigte Reorganisation nur Erfolg haben werde, wenn „erst vom Lehrer angefangen würde, ehe die Ziele bei den Schülern erreicht werden könnten“, am 15. März 1890 die Frage über die praktische Ausbildung der Lehrer erledigt, welche Seminare für das höhere Lehramt erforderte, und dann machte am 18. März im Abgeordnetenhaus der Minister v. Gofler offiziell die Mitteilung, daß vor der endgültigen Entscheidung des Staatsministeriums eine größere Versammlung von Sachverständigen aus verschiedenen Partei- und Lebensstellungen zur gründlichen Besprechung aller schwebenden Beschwerden und Reformvorschläge berufen und gehört werden solle. Ein solcher Vertrauensrat wurde dann auch für den Anfang Dezember 1890 nach Berlin zusammenberufen; von ihm hoffte man, durch eingehende Erörterung der wichtigsten Fragen und durch gegenseitige Verständigung unter den Parteiführern der unseligen „Aera erbitterter Kämpfe“ ein Ende zu machen.

(Fortsetzung folgt.)



Bald darauf wurden die Pläne in Angriff genommen. Die Ausbildung der Kadettenkorps wurde durch die neue Organisation des höheren Lehrwesens genehmigt, daß der Kampf um die höhere Schule unter gegenseitiger Ausprägung der richtigen Erkenntnis, daß „erst vom Lehrer angefangen“, am 15. März 1890 die Seminare für das höhere Lehramt im Haus der Minister v. Goeben des Staatsministeriums Partei- und Lebensstellung Reformvorschläge berufen, auch für den Anfang Dezember durch eingehende Erörterungen unter den Parteiführern



eine Neugestaltung der Schule für die wissenschaftliche Ausrichtung. Am 1. März 1890 auch für eine Reform wurde auf Vorschlag des Kultusministers, „die größten Gegner im Land vereinigt werden sollten, um den Erfolg haben werde, wenn erreicht werden könnten“, der Lehrer erledigt, welche am 18. März im Abgeordnetenhaus der endgültigen Entscheidung der Sachverständigen aus verschiedenen schwebenden Beschwerden und dem Vertrauensrat wurde dann berufen; von ihm hoffte man, durch gegenseitige Verständigung „den Kampf“ ein Ende zu machen.

(Fortsetzung folgt.)





